

Weise mit dem Sinne dieses Programms zu thun. Wir wollen durch die Aufstellung des Programms veranlassen, daß unsere Genossen in den Gemeindevertretungen sich immer wieder bewußt sind, daß sie als Sozialdemokraten in diesen Gemeindevertretungen sitzen. Der Referent hat ja richtig darauf hingewiesen, daß bei diesen Gemeindevertretern die Gefahr besteht, von der Kleinarbeit erbrüdt zu werden. Deshalb will das Kommunalprogramm als ihr Leitfaden für immer wieder darauf hinweisen, welche Pflichten sie gegenüber der Partei zu erfüllen haben. (Lebhafte Zustimmung.) Es kommt also viel weniger darauf an, jede einzelne Forderung in das Programm hineinzubringen, als die Grundzüge aufzustellen, nach denen die Kommunalpolitik geleitet werden muß. Dabei ist selbstverständlich, daß man auch für die einzelnen Gebiete der Gemeindebetheiligung, wie es in der Resolution geschehen ist, Forderungen aufstellt. — Die Klage der Genossen darüber, daß das Programm ihnen etwas spät in die Hände gekommen ist, muß ich als berechtigt anerkennen. Diese Thatsache sowohl wie die zahlreichen eingegangenen Anträge, die Reihe von Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf Zusätze und Streichungen — es sind noch 23 Redner zum Worte gemeldet — müssen uns zum Bewußtsein bringen, daß wir diese für die Partei überaus wichtige Frage im gegenwärtigen Stadium unserer Verhandlungen nicht zu Ende bringen können. (Wiesaches sehr richtig!) Diese Fragen sind viel zu wichtig, als daß man sie, um ein Programm zu haben, über das kurz brechen könnte. Sind wir so lange ausgekommen, so kommen wir auch ein oder zwei Jahre länger aus. (Zustimmung!) Wir müssen uns vertraut machen mit dem Gedanken, daß wir die Sache heute nicht zum Abschluß bringen können, und deswegen gestatte ich mir folgenden Antrag einzubringen. Ich bin der Meinung, daß das außerordentlich anregende, lichtvolle Referat für die spätere Bearbeitung dieser Frage von großem Werthe sein wird, und beantrage ich folgende Resolution, die ich als einen Geschäftsordnungs-Antrag einbringe:

„Zu Erwägung, daß die Einzelberathung der vorliegenden Resolution zur Zeit unthunlich erscheint, beschließt der Parteitag, den Gegenstand von der Tagesordnung abzusehen, nicht über den Gegenstand zur Tagesordnung überzugehen, dazu ist er doch zu wichtig,

und beauftragt den Parteivorstand, das Referat, die Resolution und die eingelaufenen Anträge, sowie das in dem bereits vorhandenen Kommunalprogramm enthaltene Material zur Ausarbeitung von Forderungen für die sozialdemokratische Gemeindepolitik zu verwenden und einem der nächsten Parteitage zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Diese Vorlage ist so zeitig zu veröffentlichen, daß vor dem Beschlusse des Parteitages eine ausreichende Diskussion innerhalb der Partei erfolgen kann.“

Wenn diese Resolution angenommen wird und der Gegenstand damit für heute von der Tagesordnung abgesehen wird, dann wird erreicht, was eigentlich erst einmal in der Berathung eines solchen Gegenstandes erreicht werden kann, d. h. die Partei ist eingetreten in die Vorberathung eines für die Gesamtpartei gültigen Kommunalprogramms; und wenn ich mir gestattet habe, für den Vorstand nicht die Verpflichtung auszusprechen, daß er die Vorlage bereits dem nächsten Parteitage bringen sollte, so hat das darin seinen Grund, daß wir einem sehr arbeitsreichen Jahre entgegengehen und es vielleicht nicht möglich ist, diese Aufgabe zu erfüllen, weil anderweitige Interessen der Partei zunächst gewahrt werden müssen. Ich möchte bitten, die Resolution anzunehmen und sich auch damit einverstanden zu erklären, daß die Resolution anzunehmen und folgt, daß eine ausgedehnte Diskussion möglich ist. (Sehr richtig!) Noch ein paar Worte, wie ich mir die Ausführung dieser Bestimmung denke. Der Parteivorstand ist durchaus nicht der Meinung, daß er in seinen Mitgliedern die unbedingte Weisheit aller zu finden, in sich schließt. (Heiterkeit.) Nach

meiner Meinung soll, wie bei allen anderen Fragen, auch hier der Parteivorstand nur diejenige Stelle sein, von der die Sache ausgeht, gefördert und gemahrt wird. Ich denke mir, daß diejenigen, die schließlich an die Arbeit gehen, sich zusammen setzen aus Genossen möglichst aller Landestheile, selbstverständlich dem Referenten, einer Reihe in praktischer Arbeit bewährter Genossen, namentlich aber auch Genossen aus den verschiedenartigsten Gemeinden in Bezug auf großer und materieller Leistungsfähigkeit. Wenn diese zusammenarbeiten, und das Ergebnis ihrer Arbeit einige Monate lang in der Presse und in den Versammlungen diskutiert wird, dann kommen wir zu einer Vorlage, die ermöglicht, ein für alle Theile gültiges, theoretisch und praktisch brauchbares Kommunalprogramm zu schaffen. (Lebhafte Beifall.)

Eingegangen ist noch ein Antrag Auer-München: In dem Abschnitt „Sozialpolitik“ unter Ziffer 1 der Resolution folgenden Passus zu streichen: „Verbot der Uebertragung von Gemeinde-Arbeiten und Lieferungen an Gemeindevertreter etc.“

Der Geschäftsordnungs-Antrag Singer, der präjudizieller Natur ist, und alle übrigen Anträge, sowie die ganze weitere Debatte und das Schlußwort des Referenten erledigt, wird mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Majorität angenommen.

Damit ist Punkt „Kommunalpolitik“ erledigt.

Es folgt nunmehr seitens der Kontrolleure die Berichtserstattung über die Beschwerde des Korrektors Wieth vom „Vorkwärts“.

Meister: Ich habe bereits mitgetheilt, daß kurz vor dem Zusammentritt des Parteitages noch eine Beschwerde des Korrektors Wieth einging, weil ihm seine Stellung seitens der Betriebsleitung gekündigt wurde. Die Kontrolleure haben die Sache untersucht und können nur ihr Bedauern ausdrücken, daß die Kündigung nicht schon vor 5—6 Jahren erfolgte. Andererseits müssen sie aussprechen, daß die Kündigung im allgemeinen Interesse unbedingt erfolgen mußte, da das Verhältnis Wieths zu seinen Kollegen und zur Betriebsleitung ein völlig unhaltbares war. Wieth hatte auch keinerlei Ursache, sich irgendwie zu beschweren, denn die Betriebsleitung hat eine Langmuth gegen ihn bewiesen, wie sie wohl selten vorkommen wird, und auch in materieller Beziehung ist mehr geschehen, als er erwarten durfte. Ich bitte deshalb, die Beschwerde zurückzuweisen.

Der Antrag der Kontrollkommission wird ohne Debatte genehmigt.

Es wird sodann in die Behandlung des 4. Punktes der Tagesordnung: Die bevorstehende Reichstagswahl eingetreten. Außer der Resolution Nebel (10) sind hierzu einschlägig die Anträge 10 und 11.

Singer giebt zu bedenken, daß für das Verhalten bei Stichwahlen die Resolution Nebel schon Direktiven giebt, er stellt es deshalb den Antragstellern frei, sich der Resolution anzuschließen und ihre Anträge zurückzuziehen; anderenfalls würden diese als Amendements zu behandeln sein.

Die Anträge 10 und 11 werden nicht hinreichend unterstützt, so daß nur die Resolution Nebel zur Debatte steht.

Den Bericht erstattet

Nebel: Die laufende Legislaturperiode des Reichstags hat am 16. Juni nächsten Jahres ihr Ende erreicht. Zu der bürgerlichen Presse ist die Frage aufgetaucht, ob dieser Schlußtermin, der 16. Juni, nach dem Vorlauf der Verfassung als der richtige angesehen werden kann, man hat in Rücksicht auf gewisse Pläne die Behauptung aufgestellt, daß die Legislaturperiode des alten Reichstags am dem Tage ende, an dem der neue Reichstag in seine erste Session eintrete. Aus den Erklärungen der offiziellen Presse aber geht hervor, daß die maßgebenden Kreise anderer Ansicht sind und an der bisherigen Auffassung fest-

halten, daß die neue Legislaturperiode mit dem Wahltag beginnt und nach fünf Jahren schließt. Nur das ist zweifelhaft, ob die Wahlen unmittelbar am 18. Juni 1908 stattfinden werden oder an einem späteren Termin. Welche Gründe die Regierung schließlich bestimmen werden bei der Festsetzung des Wahltages, kann niemand sagen, doch scheint es mir bei der Situation in der gesamten Kulturwelt äußerst wahrscheinlich, daß kaum eine sich die Dinge etwagemäßig überlebende Regierung die Verantwortung übernehmen wird, längere Zeit vergehen zu lassen zwischen dem Ende der Legislaturperiode und dem Wahltag eines neuen Reichstages; man kann nie wissen in diesem Zeitalter der Beschleunigten, was hereinbrechen und die sofortige Einberufung des Reichstages nötig machen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich glaube also, wir können damit rechnen, daß im Juni die allgemeinen Wahlen sein werden, wenn nicht, was nach gewissen Vorgängen der letzten Tage nicht ganz ausgeschlossen erscheint, sogar noch früher infolge einer Reichstags-Auflösung Neuwahlen notwendig sein sollten.

Als der Kartell-Reichstag 1887 die Verlängerung der Legislaturperioden beschloß, da führten die Antragsteller als Grund an, man solle das Volk so wenig wie möglich an die Wahlurne rufen, das Volk sei müde, es wolle nicht so oft die Aufregung der Wahl. Die Antragsteller verwechselten offenbar ihre eigenen Bedürfnisse mit denen der Wähler, denn je seltener das Volk an die Urne gerufen wird, desto besser für die Gewählten. Je länger die Legislaturperiode dauert, desto leichter werden die Versprechungen vergessen, die man während der Wahlkampagne zu machen sich genötigt sah. Selbstverständlich werden alle bürgerlichen Parteien sich bei Eintritt einer Wahl nach Möglichkeit hüten, daß dabei Fragen auftauchen, die geeignet wären, die Massen in ganz besondere Aufregung zu versetzen. Anders ist es, wenn die Regierung sich genötigt sieht, den Reichstag nach Hause schicken. Nun besteht darüber kein Zweifel, daß der Volkstanz eine Frage ist, die im höchsten Maße geeignet ist, die ganze Bevölkerung, nicht nur eine einzelne Klasse, in Aufregung zu versetzen. Es werden durch diesen Entwurf die Interessengegensätze innerhalb der verschiedenen Massen in einer Weise gegen einander hochgerufen, wie es bisher, so lange das Reich existiert, nicht der Fall war. Daher ist es verständlich, wenn die große Mehrheit des Reichstages den allerdringendsten Wunsch hat, eine solche Frage vor den nächsten Wahlen aus der Welt zu schaffen. Diese Auffassung hat den ganzen Sommer hindurch bei den maßgebenden Parteien bestanden. Aber es scheint, daß den Majoritätsparteien von einem großen Theil ihrer Wähler wider Erwarten ein Strich durch die Rechnung gemacht wird. Hier zeigt es sich einmal so klassisch, wie nie zuvor, wie recht die Sozialdemokratie mit ihrer Auffassung hat, daß es in erster Linie die materiellen Fragen sind, die die Basis des ganzen öffentlichen Lebens bilden. Die materiellen Fragen, die bei dem Zollgesetz-Entwurf alle Schichten der Bevölkerung, die einen in dieser, die anderen in jener Weise berühren, haben es thätigst zuwege gebracht, daß namentlich auch von agrarischer Seite eine Agitation ins Werk gesetzt worden ist, die bis in die kleinsten Bauernhöfe, bis in die entferntesten Gebirgshöfe gedrungen ist und dort den Gedanken erweckt hat, jetzt sei es an der Zeit, daß das Reich durch große Maßnahmen die Landwirtschaft aus ihrer gegenwärtigen Nothlage befreie. Ich will diese Noth der Landwirtschaft bis zu einem gewissen Grade nicht bestreiten, aber in dem Maße, wie sie behauptet wird, ist sie unter keinen Umständen vorhanden. (Sehr richtig.) Doch das hier nachzuweisen, ist nicht meine Aufgabe, darüber haben wir wiederholt gesprochen, wir werden bei Zusammentritt des Reichstages darüber sprechen, und ich hoffe, das letzte Wort werden die Wähler zu sprechen haben. (Sehr gut!) Ein großer Theil der Majoritätsparteien scheint jetzt selbst auf eine solche Gestaltung der Dinge Hinguarbeiten, daß die allgemeinen Wahlen über die Zoll-

Frage zu entscheiden haben. Mit vollem Recht hat Auer neulich darauf hingewiesen, daß der Kampf gegen die maßgebende Partei, das Zentrum, nicht so einfach ist, wie sich das mancher unter uns vorstellt. Das Zentrum ist aus verschiedenen sehr heterogenen Elementen zusammengesetzt. Es ist in Ober- und Mitteldeutschland ganz anders als am Rhein und in Süddeutschland. Ganz recht. Aber der eigentliche Stamm der Zentrumsanhänger, das Bauernthum, die landwirthschaftlichen Berufsschichten sind sich über die Frage des Volkstanzes in ganz Deutschland vollkommen einig. Ob schlesischer Magnat oder polnischer Schlachter, ob protestantischer Bauer oder christlicher Bauernvereiner am Rhein und in Süddeutschland, in dieser Frage sind sie einig, da ist alles dieselbe Rouleur. Je mehr mich über die Eingaben an den deutschen Reichstag anlässlich der Verathung des Volkstanz-Entwurfs aus landwirthschaftlichen Kreisen aus allen Gegenden Deutschlands die überraschende Thatsache erlebte, daß in Bezug auf agrarischen Forderungen die christlichen Bauernvereine am Rhein und in Süddeutschland die Maßlosigkeit des Bundes der Landwirthe noch überwiegen. (Heißt.) Wir sehen, daß in der Forderung exorbitanter Getreidezölle das Zentrum einig ist. Wir haben aber auch weiter gefunden, daß die christlichen Bauernvereine am Rhein und in Süddeutschland sogar vielfach noch über die Forderungen des Bundes der Landwirthe hinausgehen. Es bewahrheitet sich hier wieder einmal, daß es keine egoistischer, rücksichtsloser, brutaler, aber auch keine bornirtere Klasse giebt als unsere Agrarier. (Sehr richtig!) Die Agrarier sehen zwischen sich und der städtischen Bevölkerung den denkbar schärfsten Gegensatz, für sie ist die gesammte städtische Bevölkerung eine einzige unerschwingliche Klasse; aus der Thatsache, daß die Städte gepflasterte Straßen, Gas- oder elektrisches Licht, Theater, Kunstinstitute und dergleichen haben, daß es in der städtischen Bevölkerung im Vergleich zu der ländlichen außerordentlich wohl geht und daß es deshalb die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit der Regierungen sei, dafür zu sorgen, daß es auch ihnen möglichst gut gehe. Dieser Gedanke hat sich so bei ihnen eingewurzelt, daß alle Bemühungen des Zentrums — und es liegt auf der Hand, daß die Zentrumsführer bemüht sind, mit der Regierung in schlechter Weise die Frage zu lösen — ihr Ziel nicht erreichen. So hat vor einigen Tagen in Düsseldorf der rheinische Bauerntag mit großer Majorität eine Verständigung mit dem Bunde der Landwirthe beschlossen. Das bedeutet für das Zentrum einen härteren Schlag als alle Schläge, die es irgend seiner Volkspolitik von seinen ihm anhängenden Arbeitern erhalten hat. Auf der anderen Seite sehen wir, daß in demselben Rheinland, im Wahlkreis des Abg. Gise, in München-Gladbach, Zentrumsleute aller Richtungen zusammengetreten sind, um auf das energischste gegen das Vornehmen der Zentrumsführer in der Volkfrage zu protestiren. Wir sehen also, daß da, wo es sich um materielle Fragen handelt, auf die Dauer auch die Zentrumsleute nicht bei der Falschheit zu halten sind. Naturgemäß will die städtische Bevölkerung von den Zöllnern nichts wissen, während nach Ansicht der Agrarier darin garnicht genug gesehen werden kann. Sind doch auch bereits vor sieben Jahren einzelne Zentrumsabgeordnete mit aller Energie für die Verwirklichung des Antrages Kanib eingetreten. Diese Gegensätze treten in der Volkfrage so scharf zu Tage, daß sie sich nicht mehr verhehlen lassen, und ein Theil der Arbeiter des Zentrums hat auch bereits gegen die alte Richtung Front gemacht. Das Zentrum, die maßgebende Partei des Reichstages, ohne welche überhaupt keine Majorität zu erlangen ist, steht im Reichstag vor einer Krise, wie es sie noch nie erlebte und ich hoffe, daß es sie nicht überwindet, ohne daß dabei der Zentrumssturm ins Wanken geräth. (Lebhafte Zustimmung.) Das Zentrum steht jetzt vor der Frage, was thun? Es muß sich sagen: Wir haben 300 000—400 000 Arbeiter, auf der einen und 700 000—800 000 bäuerliche Wähler auf der anderen Seite, für was sollen wir uns also entscheiden? Die Arbeiter, die trotz aller üblen Gra-

fahrungen bis heute noch nicht zum Klassenbewußtsein erwachten, hoffe das Zentrum auch ferner an der Nase herumführen zu können. (Sehr richtig.) Es hoffe namentlich mit Hilfe der Kirche nach wie vor den weitaus größten Theil der katholischen Arbeiter in Abhängigkeit erhalten zu können. Mit dem Bauer ist das anders. Der Bauer sagt: „Natürlich, ich folge den Dienern der Kirche, so lange diese auch für mich sorgen. Wenn sie das nicht, so gehen eben ihre und meine Interessen auseinander.“ Kurz und gut, die Bauern des Zentrums sind der Ansicht — das kann man ohne Uebertreibung sagen —, daß im Bund der Landwirthe ihre wirtschaftlichen Interessen am auskömmlichsten vertreten werden und deshalb neigen sich ihre Sympathien zu diesem. Aus diesem Grunde sieht sich auch das Zentrum immer mehr genöthigt, sich diesen Forderungen anzuschließen. Es ist ein durchaus natürlicher Prozeß, daß, wenn die Agrarfrage fernerhin eine Reihe von Jahren die Oeffentlichkeit in der bisherigen Weise beschäftigt, die verschiedenen Elemente innerhalb der agrarischen Bewegung sich mehr und mehr an einander schließen und wir eine große agrarische Partei bekommen, die auch geschlossen innerhalb des deutschen Reichstages auftritt. Wir Sozialdemokraten können das nur begrüßen: je schärfer die Gegenätze zum Ausdruck gelangen, desto besser für uns. (Sehr wahr!) Das Zentrum sieht sich vor die Frage gestellt, ob es 100 000 Arbeiter springen lassen soll oder sich der Gefahr aussetzen will, lieber viele 100 000 Bauern zu verlieren. (Sehr richtig!) Diese Frage ist beantwortet worden, wie sie beantwortet werden mußte: das Zentrum ist vor einigen Tagen im Reichstag zusammengetreten — 78 von seinen 108 Abgeordneten waren anwesend — und hat nach den Zeitungsberichten einstimmig beschlossen, es bei den Beschlüssen der Zolltarifkommission in erster Lesung zu belassen und nur hier und da gewisse Widersprüche in den gefassten Beschlüssen zu einem Ausgleich zu bringen. Das schafft allerdings eine klare Position. Die offiziöse Presse und insbesondere auch die Regierungsvertreter haben es nicht daran fehlen lassen, mit allem Nachdruck zu erklären, daß sie die Hauptpositionen unter keinen Umständen ändern könnten, nur in kleinen Punkten, nicht in großen könne die Regierung mit sich handeln lassen. In der That können die Regierungen nicht weiter mit sich handeln lassen, denn die Regierungsvertreter müssen sich doch darüber klar sein, daß die Regierungsvorlage die äußerste Grenze dessen bildet, wobei überhaupt noch Handelsverträge abgeschlossen werden können. (Sehr richtig!) Aber auch hierbei nur noch unter sehr ungünstigen Bedingungen für die Industrie und die Masse der arbeitenden Bevölkerung! Diese schon jetzt in höchstem Maße ungünstige Basis noch ungünstiger gestalten zu wollen, hieße einfach Selbstmord treiben.

So sehr nun unsere Regierungen bemüht sind, die Interessen der herrschenden Klasse zu vertreten, so müssen sie sich doch sagen, daß bereits viele Millionen, ja die große Mehrheit der Bevölkerung, auch ihre Interessen kennt und sehr genau darauf aufpaßt, wie regiert wird. Die Schädigung der Interessen dieser Massen muß eine ungeheure Opposition hervorrufen. Wir sind der Meinung und haben dieser Ansicht auch in Lübeck Ausdruck gegeben, daß der gegenwärtige Geschehensverlauf der Regierung eine so schwere Schädigung der Lebenshaltung der Arbeiter bedeutet, eine so schwere Verachtlichung ihrer ganzen wirtschaftlichen Existenz in sich schließt, insbesondere auch für die Zukunft der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands und in Bezug auf den Abschluß von Handelsverträgen so große Gefahren birgt, daß wir ihn mit allen Mitteln bekämpfen müssen. Nun hat aber die Kommission die Grundlage der Regierungsvorlage noch bedeutend verschlechtert. Sie hat in erster Linie die Getreidezölle sehr erheblich erhöht, nicht nur die Getreidezölle im Generaltarif, sondern auch in Bezug auf die Bindung. Während die Regierungsvorlage für Roggen und Weizen 5 M. beziehentlich 5,50 M. Zoll verlangte, haben die Agrarier in der Kommission noch erhöht und weiter hohe Minimalzölle für Gerste und Hafer

angenommen, denen die Regierungen unter keinen Umständen ihre Zustimmung geben können. Die Fälle der Regierungsvorlage würden, wenn sie bei künftigen Handelsverträgen in Kraft treten, die Lebensmittel für die deutsche Bevölkerung in außerordentlicher Weise verteuern. Wenn z. B. Roggen künftig einen Minimalzoll von 8 M. zu zahlen haben soll, so wird die deutsche Bevölkerung, da der Weltmarktpreis der Tonne Roggen durchschnittlich 100 bis 105 M., allerhöchstens 108 bis 110 M. beträgt, alsdann einen Zollzuschlag für Roggen zu zahlen haben, der den Preis der Tonne auf mindestens 155 M. treiben würde. (Hört hört!) Wir haben schon im gegenwärtigen Augenblick bei einem Zollsatz von 3,50 die höchsten Getreidepreise der Welt. Kein Volk bezahlt sein Brot und Fleisch theurer als das deutsche. Die Regierungsvorlage geht noch weit über den bestehenden Zustand hinaus, sie hat eine viel höhere Grenze angenommen, als bisher im allgemeinen Tarif enthalten war; das gilt auch für Fleisch und für alle übrigen Lebensmittel. Die Kommission hat aber nicht nur eine ganze Reihe von Lebensmittelsätzen noch weit über die Regierungsvorlage hinaus erhöht, sondern auch eine Reihe von Positionen neu aufgestellt, die selbst die Regierungen im Interesse der allgemeinen Volksernährung von Zöllen freizulassen sich genöthigt sehen.

Wenn wir es in einer solchen Situation nicht verstanden, um jeden Preis, koste es was es wolle, mit allen zulässigen Mitteln dahin zu wirken, daß das deutsche Volk selbst Gelegenheit bekomme, zu sagen, wie es über diesen Tarif denkt, so würden wir uns der allergrößten Pflichtverletzung schuldig machen. (Zustimmung.) Wir würden Verath an unseren Wählern üben, und wenn als Antwort auf unseren Verath unsere Wähler uns bei den nächsten Wahlen gründlich durchtrachen ließen, so wäre das die rechte Antwort. (Sehr richtig!) Bei so außerordentlich wichtigen Lebensfragen, wie sie hier durch den Zolltarif zur Entscheidung gebracht werden, muß das Volk seine Meinung zum Ausdruck bringen können. Wir werden also alles aufbieten, damit der Zolltarif zur Wahlparole der nächsten Reichstagswahlen werde. Wie wir das im Reichstage anstellen, darüber haben wir hier selbstverständlich nichts zu sagen (Geheiß und Weisfall), daß wir es aber fertig bringen, wenn wir wollen, darüber ist gar kein Zweifel. (Lebhafter Weisfall.)

Nun steht die Sache so — und dadurch verbessert sich unsere Position nicht wenig — daß wir offenbar Bundesgenossen von der anderen Seite, vom extremen Agrarierthum, bekommen. Die Agrarier verlangen noch mehr, sie sind mit den Beschlüssen der Kommission noch nicht zufrieden. Wenn es nun in der zweiten Lesung der Kommission bei den Beschlüssen der ersten Lesung bleibt, so können die Regierungen diesen Entwurf nicht annehmen. Wenn wir nun im Oktober im Klement zur Verathung kommen und in der ekklatantesten Weise sich herausstellt, daß die Majorität des Reichstages mindestens das verlangt, was die Majorität der Kommission in ihren Beschlüssen gut heißen hat, so kann eine parlamentarisch handelnde Regierung gar nichts Anderes thun, als, wenn sie die feste Ueberzeugung gewinnen muß, daß mit diesem Reichstage nicht mehr anzukommen ist, den Reichstag aufzulösen und nach Hause zu schicken. Dieser Moment kann eintreten; lebten wir in einem konstitutionell regierten Staate, so würde er sogar eintreten, so bestimmt wie zweimal zwei vier ist. Wir würden uns also dann auf eine Reichstags-Auflösung im Oktober einrichten und uns so rasch wie möglich auf die Wahlen vorbereiten müssen. Wir wollen also auch dies im Auge behalten. Es kann sein, daß die Regierungen, zur Zweifelhafte getrieben, sich fragen, ob nicht angesichts der agrarischen Opposition ein neuer Reichstag zu stande kommen könne, der in seiner Mehrheit wieder agrarisch ist als der jetzige. Diese Lösung der Frage ist möglich und wir müssen damit rechnen.

Nun ist aber die Situation noch bedeutend komplizierter geworden, und zwar abermals zu unseren Gunsten. Hier gilt einmal wieder das bekannte Wort des Abgeordneten Gröber, das eine Jahrzehnte lange Erfahrung für sich hat: die Sozialdemokratie hat riesiges Schwein! (Große Heiterkeit.) — erfüllt die Regierung eine Forderung von uns, dann haben wir gewonnen und wir rühmen uns dessen; erfüllt sie unsere Forderungen nicht, dann hauen wir auf sie los und machen ihr Opposition. (Heiterkeit.) Was immer sie macht, sie kommt bei uns nicht auf ihre Rechnung, schließlich schlägt alles zu unserem Vorteil aus. Auch jetzt wieder. Die ganze Situation hat sich auch durch die Fleischnoth verschärft, die in den letzten Wochen und Monaten in immer akuterer Gestalt hervorgetreten ist. Daß diese Situation kommen mußte, darüber konnte kein Zweifel bestehen. Es ist nur gut, daß sie gerade jetzt kommt. (Sehr richtig!) In diesem Moment, wo ein ganzer Komplex von Fragen der bedenkllichsten Art auf der Tagesordnung steht. Die Fleischnoth mußte kommen aus dem einfachen Grunde, weil die deutsche Landwirtschaft, so lange sie nicht in allen ihren Zweigen auf der höchsten technischen Stufe betrieben wird, niemals im Stande sein kann, den Bedarf der Bevölkerung an Nahrungsmitteln aus eigenen Kräften zu decken. Ich habe erst in den letzten Wochen darüber sehr interessante Ausführungen gelesen. Kein Zweifel, daß mit Hilfe der modernen Technik es in Bezug auf den Getreidebau wie in Bezug auf die Viehzucht möglich sein werde, falls der gesammte deutsche Grund und Boden dementsprechend bewirtschaftet würde — das ist aber nur möglich in einer sozialistischen, nicht in einer kapitalistischen Organisation — für rund 150 Millionen Deutsche Nahrungsmittel zu liefern. Heute aber reicht die Produktion nicht einmal für 56 Millionen. Diese Berechnung ist von Männern, die Großagrarier sind, angestellt worden. Die gegenwärtige deutsche Landwirtschaft ist unfähig, die nötige Masse von Nahrungsmitteln zu erzeugen sowohl in Bezug auf Brotgetreide wie auf die übrigen Lebensmittel, besonders die Fleischnahrung. Dazu kommt die Vermehrung der deutschen Bevölkerung um durchschnittlich 750 000 Köpfe jährlich. Wir sind also darauf angewiesen, einen großen Teil unseres Nahrungsmittelkonsums durch Zufuhr vom Ausland zu decken. Die gegenwärtige Fleischnoth ist nun auf das schlimmste verschärft worden durch die Spernmaßregeln, die die Regierung im Interesse der Agrarier getroffen hat. Dazu gehören erstens diejenigen Spernmaßregeln, die im Wege der Verordnung eingetretten sind, und zweitens die Maßregeln, die durch das famose Fleischschaugegesetz eine gesetzliche Grundlage erhalten haben. Mir war es schon bei der Verathung des Fleischschaugegesetzes völlig klar, daß wir in Bezug auf die Volksernährung vor einer Katastrophe ständen. Die Vollmachten, die die Regierungen auf Grund dieses Gesetzes bekommen haben, stehen das als selbstverständlich erscheinen. Wie ungeheuer ist im Laufe der Jahre der Konsum der Bevölkerung an amerikanischen Pöfelzungen, amerikanischen Pöfelfleisch, ferner dem sogenannten Corned beef, an Würsten u. gestiegen. Die Einföhrung aller dieser Artikel nach Deutschland wird jetzt unmöglich gemacht. Schon seit vielen Jahren ist die deutsche Wurstfabrikation ganz außer Stande, die Massen von Zungen, Lebern und Lungen, die sie gebraucht, aus dem Inlande zu decken. Mit dem 1. April 1903 hört die Zuföhr aller dieser Artikel ebenfalls auf. Weit entfernt also, daß die Fleischsteuerung schon gegenwärtig ihren Höhepunkt erreichte, sie wird vielmehr noch verschärft werden. Diese Besteuerung wird eintreten, trotzdem infolge der Krisis die Arbeiter in ihrer Kaufmähigkeit an Fleisch ganz erheblich beschränkt sind. (Sehr richtig!) Durch die Brotbesteuerung, die die Arbeiter sehr drückt, werden die wohlhabenderen Klassen nicht in dem Maße beröhrt. Wenn man einmal prüft, wie viel Brot in einer wohlhabenden Familie im Vergleich zum Fleisch verzehrt wird, so sieht man auf ein armes Verhältniß. Nebt aber bei der

Fleischsteuerung wird auch der Mittelbürger rebellisch und die stöbischen Bestrebungen dieses Mittelbürgers, die bisher gegenüber der Erhöhung der Getreidezölle sich kaum bemerkbar geröhrt haben, röhren sich jetzt überall und lassen gegen die Fleischnoth Resolutionen von einer Energie und Klarheit des Wortlautes, wie wir es seit langen Jahren von ihnen nicht zu hören bekommen haben. (Heiterkeit.) Ich verstehe nur nicht, daß die Regierungen die Sachlage nicht begreifen, aber es bleibt ewig wahr das Wort des alten Ogenijerna: Du glaubst nicht, mein Sohn, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird. (Sehr gut und große Heiterkeit.) Hier hätten die Regierungen allerdings die Möglichkeit, in erheblichem Maße einen milderen Einfluß auszuüben, aber sie thun es nicht aus Angst vor den Agrariern. Wir bedauern ja, daß weite Schichten der Bevölkerung schwer unter diesen Umständen leiden müssen, aber wir freuen uns auch auf der anderen Seite, daß wenigstens politisch daraus Folgen erwachsen, die Denjenigen, die solche Maßregeln gutheißen und in diesem Interesse sie liegen, für die Zukunft sehr schlecht bekommen werden. Es kommt noch ein anderer Gesichtspunkt hinzu: die Herren von der Regierung erklären: diese Maßregeln sind im allgemeinen Gesundheitsinteresse notwendig, das ausländische Vieh bedroht unseren Viehstand und die Gesundheit der Menschen. Wir sind wenig gewöhnt, daß unsere hohen regierenden Herren in so vorsorglicher Weise um das Wohl und die Gesundheit der arbeitenden Klassen besümmert sind. Auch liegt doch die Frage nahe: wenn diese Einföhr von Vieh und Fleischprodukten so ungeheure Gefahren für die Gesundheit der deutschen Bevölkerung haben soll, warum in aller Welt können denn die anderen Völker diese Produkte sehr gut vertragen, ohne an ihrer Gesundheit Schaden zu nehmen? (Sehr gut!) Das amerikanische Röhrenfleisch z. B. wird in der Schweiz, in Belgien, Holland und besonders in England in großen Quantitäten verzehrt, und man befindet sich dort dabei so gesund wie ein Fisch im Wasser. (Heiterkeit.) Auch hat die deutsche Marine zum Aerger der Agrarier große Quantitäten amerikanischen Fleisches in ausländischen Käfen aufgestapelt und die deutschen Marineoffiziere befinden sich ebenfalls sehr wohl dabei. Aber wenn wir Reichsdeutschen das Fleisch genießen, so ist unsere Gesundheit im höchsten Grade bedroht. Wenn wir also den Regierungen ins Gesicht sagen, daß wir an der Aufrichtigkeit ihrer Vorsee nicht glauben, so können sie uns das nicht übel nehmen. Bisher wenigstens sind die Regierungen unserer fortgesetzten Forderung, statistische Belege für ihre Behauptungen zu bringen und die Erkrankungen nachzuweisen, in keiner Weise nachgegeben.

Ungeheure Nachteile erwachsen für die Arbeiterklasse aus diesem Komplex von Maßregeln; auf der anderen Seite hat die Sachlage womöglich ein noch bedenklicheres Gesicht, insofern es sich auf die Einwirkung auf dieser Maßregeln auf die internationalen und insbesondere die handelspolitischen Beziehungen handelt. Ich kann hier nur in aller Kürze auseinandersetzen, wie die Entscheidungen der Zollkommissionen, die aller Voransicht nach die Zustimmung des Reichstagsplenums finden werden, auf den Abschluß künftiger Handelsverträge wirken müssen. Von allen Nationen, mit denen wir gegenwärtig in intimen Handelsbeziehungen stehen, giebt es keine einzige, die nicht in ihren Lebensbedingungen durch die Erhöhung der deutschen Zölle sowohl auf Lebensmittel wie auf Industrieprodukte geschädigt wird und dadurch genöhigt werden würde, ihrerseits die Bedingungen für den Abschluß von Handelsverträgen mit uns in einer weit ungünstigeren Weise zu formulieren als bisher. Der Zoll auf Gerste, auf Osef, auf Mais usw. ist riesig erhöht worden, über die Regierungsbörse hinaus, ebenso der Oier-, der Butter-, der Gefögelzoll usw. Obzölle, die wir früher gar nicht kannten, sind eingefögt worden. Wenn wir nun z. B. mit Rußland in Handelsvertrags-Verhandlungen eintreten, so werden der russische Roggen, die russische Gerste, die russische Schweine-Einföhr, soweit sie nicht

Man durch die Einfuhrverbote getroffen ist, ebenso russisches Holz, Eier, Geflügel in einer Weise mit Zöllen belegt, daß die russische Regierung sich sagen muß: Dabei sind die bisherigen Handelsbeziehungen nicht mehr möglich! Sie wird selbstverständlich antworten mit erhöhten Zöllen auf diejenigen Artikel, die wir bisher in Mengen nach Rußland ausgeführt haben. Diese Ausfuhr wird so gut wie vollständig abgebrochen werden. Was das für Folgen für die gesamte Industriebevölkerung, zumal in einer Periode der Krise, von der wir hoffentlich kein Ende abzusehen ist, haben muß, brauche ich Ihnen nicht erst auseinanderzusetzen. (Sehr richtig!) Weiter: Oesterreich-Ungarn ist mit bedeutenden Beträgen an der Einfuhr von Gerste, Hopfen, Jungvieh, speziell Ungarn an der Einfuhr von Eiern und Geflügel interessiert. Auch diese Einfuhr wird durch die exorbitanten Zölle unseres Zolltarifes künftig fast unmöglich gemacht und Oesterreich-Ungarn wird selbstverständlich Repressalien ergreifen. Auch Schweizerkäse, Butter, Milch, Seidenstoffe, Maschinen sind gegenüber den bisherigen Tariffzöllen mit exorbitanten Erhöhungen bedacht worden. Die Schweiz hat bereits ihren Gegengewicht ausgearbeitet und wer ihn sich ansehen hat, muß sagen: Das ist die entsprechende Antwort! Aber auf dieser Basis Handelsverträge abzuschließen, muß sowohl dem Schweizer wie dem deutschen Volke zum größten Schaden gereichen. Weiter tritt mit jedem Tage mehr hervor: Die Frage der Regelung unserer Handelsbeziehungen zu Nordamerika. Wir haben bisher von Nordamerika ungeheure Quantitäten von Weizen, Mais, Fleisch aller Art und Petroleum bezogen. Jetzt soll ja auch der Petroleumzoll stark erhöht werden, obgleich Petroleum doch nicht von den Agrariern in Deutschland produziert wird. Der Mais ist ein für unsere ganze Vieh- und Geflügelzucht sehr wichtiges Produkt. Nun ist auch der Maiszoll in einer Weise erhöht worden, daß damit unsere Vieh- und Geflügelzucht fernerhin fast unmöglich gemacht wird. Ich habe mir bis heute den Kopf vergeblich darüber gebrochen, wie man und weshalb man ungeheure Zölle auf Produkte legt, ohne die die deutsche Landwirtschaft selbst nicht auskommen kann. Es werden ferner durch die erhöhten Zölle Holland und Dänemark auf das schwerste geschädigt. Die Schweiz, Holland und Dänemark sind aber die drei Länder, mit denen wir in einer Handelsbeziehung leben, wie sie das Ideal der Agrarier ist, d. h. unsere Ausfuhr nach diesen Ländern betrifft bei weitem das aus von ihnen gelieferte. Auch diese drei Länder werden aufs allerschwerste durch neue Zölle getroffen.

Diese summarische Uebersicht zeigt, Parteigenossen, was zur Entscheidung steht und daß es nicht zur Entscheidung kommen kann, ohne daß das Volk befragt wird. Dafür muß unter allen Umständen gesorgt werden. Das allein rechtfertigt es, daß wir bei dem künftigen Wahlkampf unsere volle Schuldbiligkeit bis zur völligen Erschöpfung unserer physischen und materiellen Kräfte thun müssen. (Lebhaftes Bravo!)

Im Laufe der nächsten Legislaturperiode werden noch andere wichtige Fragen in den Vordergrund treten. Die Finanzverhältnisse des Reiches befinden sich in äußerst trauriger Verfassung. (Sehr richtig!) Durch Erhöhung der Matrifularbeiträge ist nichts mehr zu holen, die Einzelstaaten leiden an finanziellen Dales. (Heiterkeit.) Sie wissen nicht, wie sie die eigenen Ausgaben decken sollen. Wir mühten's freilich, aber wir haben nichts zu sagen, die Steuererlässe macht die Mehrheit, machen die Vertreter der herrschenden Klassen. Daß dieselben den eigenen Geldbeutel schonen, ist das oberste Gesetz der Klassenherseherschaft. (Lebhaftes sehr richtig!) Daran können wir nichts ändern, nur ankämpfen müssen wir diejenigen, die das noch nicht wissen. (Sehr gut.) Die Finanzfrage wird auch wichtig werden für die kommende Wahlagitazion. 1878 wurde beim Zolltarif auf Getreiden des Zentrums die lex Frankenhein eingeführt. Sie bestimmt, daß alles, was von bestimmten indirekten Steuern und Zöllen über 180 Millionen Mark jährlich eingeht, an die Einzelstaaten nach Maß-

gabe ihrer Bevölkerungsziffer vertheilt werden muß. Damals war man der Meinung, daß die Einzelstaaten mehr bekommen würden, als sie an Matrifularbeiträgen zu bezahlen hätten. Während einer Reihe von Jahren war das auch der Fall. Im Reichstag aber hat man, seit die wunderbar diplomatische Partei, das Zentrum, die Macht in Händen hat, wie ein Schuldenmacher und Bankrotteur gewirksam gethätigt. (Lebhaftes Zustimmung.) Wenn es möglich wäre, dem Reichstage einen Kurator zu stellen, so wäre es sehr angebracht. (Heiterkeit und lebhaftes Zustimmung.) Die Majorität wirtschaftlicher wie eine Gesellschaft leichtfertiger Verschwendunger darauf los und entdeckt dann, daß keine Einnahmen zur Deckung der Ausgaben vorhanden sind. Die Reichseinnahmen haben sich zwar erhöht, aber Maximismus und Militarismus sind Ingeheuer, die sich immer bieder freffen, das Reich auspowern und seine Kasse leer machen. (Sehr richtig.) Das war so selbst in den Jahren der größten Prosperität. Die Einnahmen sind sehr gestiegen, die Ausgaben aber noch viel mehr. In den Jahren des reichsten Ueberflusses ist nicht nur der Ueberfluß verzehrt, sondern Schulden sind dazu gemacht worden. Beim Regierungsantritt des jetzigen Herrn belaufen sich die Reichsschulden auf 800 Millionen, 1902/3 wird die Schuldenlast auf 3000 Millionen steigen. In diesen 14 Jahren werden wir also 2200 Millionen Mark neue Schulden machen, neben und trotz der kolossalen Mehreinnahmen. Wie das Finanzverhältnis zu den Einzelstaaten sich geändert hat, zeigt Sachsen. Vergleichen wir die Ueberweisungen mit den Matrifularbeiträgen, so hat es empfangen 1898 83 878 500 M. und gezahlt 38 046 600 M., es hatte also einen Ueberfluß von 800 000 M., 1899 empfing es 34 551 000 M. und zahlte 35 465 300 M., der Ueberfluß war also fast verschwunden, 1900 empfing es 36 840 000 M., und zahlte 38 144 500 M., 1901 und 1902 war das Verhältnis ebenso. Sachsen legt jetzt fast drei Millionen zu. So ist es bei allen deutschen Staaten, sie haben mehr an die Reichskasse zu zahlen, als sie an Ueberweisungen erhalten. Nun ist Holland in Noth, man weiß nicht aus noch ein und die allerdringendsten Kulturaufgaben leiden in unerhörter, in standalöser Weise Noth. (Sehr richtig!) Bereits im vorigen Jahre hat bei der Aufstellung der Etats der Schatzsekretär ausgegeben, er habe bereits über 57 Millionen von den Forderungen gestrichen, die an ihn herangetreten seien. Aber diese Forderungen sind deshalb nicht endgiltig beseitigt, sie kommen wieder und neue hinzu. So marschiren wir, selbst wenn die 1900 Millionen neuer Einnahmen aus den Zollerhöhungen hinzukommen, dem dauernden Defizit entgegen. Dann hat der Reichstag selber noch den Nothkrieff genommen und 25 Millionen gestrichen, um neuen Schulden zu entgehen. Aber eine böse Rechnung kommt noch hinten nach, es stellte sich heraus, daß wir einen sehr ungünstigen Finalabschluss in der Reichskasse haben. 21 Millionen Mark sind mehr ausgegeben worden, als der Reichstag bewilligte, und über 27 Millionen M. sind weniger einkommen, als veranschlagt waren. Das ist ein Defizit von über 48 Millionen M., das die Einzelstaaten nachträglich zu decken haben. Die Staatsüberschreitungen sind ein grober Unsinn, der trotz aller Beschlüsse immer mehr zunimmt; früher war so etwas nicht da, wahrlich, man fängt an eine Art Respekt vor Bismard zu bekommen. (Heiterkeit.) So lange er am Thron war, war es anders, aber jetzt sind wir modern — modern wie im Rom der Cäsaren. (Sehr gut.) 1902/1903 werden die Verhältnisse nicht günstiger werden. Wir haben mit einem Defizit von über 100 Millionen zu rechnen.

Trotzdem treten immer neue Ansprüche auf. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß unsere in den 70er Jahren mit hunderten von Millionen bezahlten Festungen vollständig unbrauchbar geworden sind. Sie tangen nichts mehr, sie können in keinem modernen Kriege mehr standhalten. Die Franzosen haben es klüger gemacht. Gewühigt durch die Erfahrungen des Krieges von 1870/71 haben sie Sperrforts gebaut, eine Reihe riesiger Erdwerke, hinter denen ganze Armeen

den stärksten Feind ruhig erwarten können. Damals haben unsere Generale über diese Sperrforts gelacht, jetzt machen wir sie den Franzosen nach. Metz, Köln, Straßburg, Königsberg sollen freigelegt werden, Polen ist es bereits, über halbe Provinzen sollen Sperrforts gezogen und mit Positionsgeschützen versehen werden, die auch wieder hunderte von Millionen kosten werden. Ein Theil der Kosten dürfte durch den Verkauf der freiverbundenen Festungsartillerie ausgebracht werden, aber der Rest muß aus Reichsmitteln gedeckt werden. Ueber die Kanonenfrage haben wir schon in Hamburg gesprochen. Die fremden Militärattachés wurden 1898 durch die neuen Geschütze der deutschen Artillerie, die plötzlich vorgeführt wurden, überrascht. Gefreut hat man sich damals wie die Kinder über die verblüfftesten Gesichter der Militärattachés. Jetzt aber stellt sich heraus, daß die neuen Kanonen zwar besser sind als die alten, aber bereits wieder überholt. Das Geschütz der Franzosen übertrifft das unserer Artillerie bei weitem. Kein Zweifel, sie sind uns mit dieser wichtigsten Waffe in einem Kriege voraus. Das ist wieder eine Folge unserer Uebereilung. Wenn bei uns ein Gedanke kommt, muß er gleich in der nächsten Stunde ausgeführt werden. (Geisterzeit.) Es handelt sich da um sehr mächtige Einflüsse. Die Budgetkommission war seiner Zeit verpflichtet worden, nichts über die Neubewaffnung der deutschen Artillerie in der Öffentlichkeit verlauten zu lassen. Wir haben das Staatsgeheimniß gewahrt; mögen sie immer von der Vaterlandslosigkeit der Sozialdemokratie reden, was wir als Ehrens-Männer zu thun haben, das wissen wir selbst. (Bravo!) Also wir haben das Geheimniß bewahrt, aber mittlerweile ist der Zustand der deutschen Artillerie bekannt geworden, und es steht heute fest, daß die neue deutsche Artillerie, die circa 170 Millionen gekostet hat, nicht auf der Höhe der Zeit steht, und daß wir vielleicht sehr bald eine vollständig neue Artilleriebeschaffung haben müssen. Dazu kommt, daß immer eine Erfindung die andere treibt. Erst gestern las ich, daß in England ein Marinegeschütz erfunden sein soll, das alles andere in Schatten stellt. Ich weiß nicht ob es wahr ist; ist es aber wahr, dann erwachen uns auch nach dieser Richtung neue Ausgaben. Weiter heißt es auf einmal, wir brauchen eine Verstärkung der Kavallerie, nicht etwa aus militärischen Gründen, sondern zur Bekämpfung des Bolshewismus. Wir müssen Kavallerie-Regimenter in die Städte des Ostens legen, um den kleinen deutschen Handwerkerstand zu stärken. (Geisterzeit.) Ja, warum nimmt denn nicht der preussische Staat aus seinem Polensfonds die Mittel dazu? (Sehr gut!) Aber wir wissen, daß es anders liegt. Daß eine neue Vorlage kommen würde, wissen wir schon seit Jahren, dafür spitzen wir uns der Budgetkommission unsere Ohren. Schon aus Anlaß des Boerentrieges sprach man von der Nothwendigkeit einer Vermehrung der Kavallerie. Wir sind dem sofort entgegengetreten und haben gesagt, daß der Boerentrieg gerade das Gegen-theil bewiesen hat. (Sehr richtig!) Nicht eine Vermehrung, sondern eine Verminderung der Kavallerie ist angebracht. Aber wir wissen ja, daß es mächtige und einflußreiche Kreise giebt, die von je in der Kavalleriemasse die vornehmste Waffe gesehen und auf die Vermehrung gedrängt haben. Diese Vorliebe zeigte sich auch bei den Kavallerie-Manövern, wie solche erst kürzlich bei Frankfurt a. O. stattgefunden haben. Auswärtige Offiziere freilich sollen gemeint haben, es sei sehr schön, nur wäre es kein Krieg gewesen, mit anderen Worten: würde man im Ernstfall so vorgehen wöhlen, so könnte das ein militärisches Defacé herbeiführen, wobei alles bisherige ein Kinderpiel ist. (Sehr richtig!) Darüber, daß so nicht gekämpft werden kann, herrscht in der ganzen Welt bei Völkern und Sachverständigen nicht der geringste Zweifel. Trotzdem aber wird die neue Kavalleriereformierung kommen und es werden uns gewaltige Mehrausgaben erwachsen. Und damit noch nicht genug. Der Boerentrieg hat ja den Erfolg gehabt, wie alle Volkskriege der Welt, eine neue Kriegstatistik zu lehren. Es ist charakteristisch, daß gerade die nichtmilitärischen Elemente die neuen Lehren

herrschen; das ist in den letzten 40 Jahren durch zwei Volkskriege glänzend bewiesen worden, durch den großen Amerikanischen aus den sechziger Jahren und jetzt durch den Boerentrieg. Alle Kriege bis zum letzten Spaziergang nach China für haben für die militärische Wissenschaft nicht so viel Ausbeute geliefert in Bezug auf Aenderung der Technik wie diese beiden Kriege. Das hat man eingesehen und in Folge dessen neuerdings die Manöver in der Gegend von Mainz nach Boerennanier eingerichtet. Will man aber die künftigen Kriege nach Boerennanier führen, dann müssen die Soldaten auch nach Boerennanier uniformirt sein. Das hat einer der ersten Generale der französischen Armee, General Régrier, ganz offen in einer militärischen Revue ausgesprochen. Er sagt, es hilft alles nichts, mit der militärischen Romantik ist es zu Ende, die schönen Uniformen wären in einem Kriege unser größtes Unglück. Wir haben das seit 15 Jahren im Reichstag gesagt, aber da hat man uns ausgelacht, verspottet und verhöhnt und jetzt neigen die Herren selbst dieser Ansicht zu. Finanziell würde das schließlich eine große Ersparniß bedeuten, wenn auch die erste Anschaffung kostspielig ist. Sie sehen auch daraus, welche Ausgaben in den nächsten 5 Jahren an den Reichstag herantreten werden.

Der Militärpensions-Etat wächst von Jahr zu Jahr, die Zahl der völlig diensttauglichen Leute, die pensionirt werden, nimmt von Jahr zu Jahr um so und soviel Tausend zu. Für den Friedensbedarf sind die Leute unbrauchbar, aber wenn es zum Krieg kommt, sind sie wieder brauchbar. Vorläufig haben wir die erhöhten Pensionskosten zu zahlen. Diese sind von 1890 bis jetzt für Heer und Marine von 87 700 000 auf 72 800 000 M. gewachsen, also eine Zunahme von rund 35 Millionen oder nahezu 100 Proz. Nun aber klagen die Offiziere darüber, daß mit den jetzigen Pensionshöhen nicht mehr zu leben sei. Erst dieser Tage traten pensionirte Offiziere in Dresden zu einer Versammlung zusammen, (Zuruf), ja, streiten können sie nicht mehr (Geisterzeit), man hat sie ja zur Arbeitslosigkeit verdammt, und sie vermehren die Zahl der Arbeitslosen. (Geisterzeit.) Also die Offiziere können mit den Unterhaltungskosten nicht mehr auskommen und der Staatssekretär hat schon eine Aenderung des Pensionsgesetzes für nöthig erklärt. Werden die Pensionen nur um 15 Proz. erhöht, so bedeutet das eine Mehrausgabe von 12 Millionen per Jahr und diese Ausgabe steigert sich in demselben Maße wie der Pensionsetat auf Grund der bestehenden Einrichtungen wächst.

Dazu kommt, daß mit den vermehrten Schulden auch der Etat der Reichsschulden-Zinsen wächst, der für Armees- und Marinezwecke in den letzten zwölf Jahren bereits von 80 auf 76 Millionen, also um mehr als 100 Proz. gestiegen ist. Die Bedürfnisse des Reichs werden in den nächsten Jahren voraussichtlich so zunehmen, daß selbst die Einnahmen aus den höheren Schutzrollen, wenn sie durchgehen sollten, kaum zu ihrer Befriedigung ausreichen dürften. Nebenbei treten natürlich auch gar nicht zurückzuweisende Kulturaufgaben an das Reich heran. So wächst der Reichszuschuß zur Arbeiter-Versicherung von Jahr zu Jahr. All das müssen wir in Betracht ziehen, um uns zu vergegenwärtigen, wie die Dinge stehen. Damit sind wir aber noch nicht am Ende. Die Marine hat namentlich in den letzten Jahren in Folge der einfach ständischen Handlungsweise des Zentrums — man mag über die Nationalliberalen sagen, was man will, aber einen so schmählichen Werrath wie ihn das Centrum in der Flottenvorlage begangen hat, kennt die Geschichte nicht, — und ich sage, die Marine hat von 1889—1902 eine Ausgabenvermehrung von 51 auf 217 Millionen aufzuweisen und so geht das weiter. Ich erinnere Sie an den Tirpitz-Erlaß, worin mit kurzen Worten gesagt ist: falls im Winter 1904/05 die finanziellen und innerpolitischen Verhältnisse des Reichs dies irgendwie gestatten, wird man den Versuch machen müssen, in der vorzulegenden Begründung zur Flottenvorlage die planmäßige Entwidlung der Indienststellungen in den Jahren 1906 bis 1910

dem wachsenden Schiffsbestand und dem zu beschaffenden Personal anzugreifen und zu diesem Zwecke eine ausreichende Steigerung der fortwährenden Ausgaben in den Berechnungen vorzusehen! Aus diesem Erlaß haben wir geschlossen, daß man dem Reichstag nicht die volle Wahrheit gesagt hat und die Zukunft wird lehren, daß wir Recht hatten. Ebenso steht fest, daß die Auslands-Schlachflotte eine Flotte von großen Rangern wird, das wird wieder die einmaligen und dauernden Ausgaben vermehren. Nachdem wir einmal den Spaziergang nach China gemacht haben, um christliche Zivilisation und Religion dochhin zu tragen, haben wir auch dort erhöhte dauernde Ausgaben. Wir haben gegenwärtig auf absehbare Zeit eine Mehrausgabe von 20 Millionen, die nicht in die Kriegskosten eingerechnet sind, neben 12 Millionen für Kiautschou. Diese Ausgaben stehen im ärgsten Mißverhältnis zu dem Ergebnis unseres Handels mit China. Der chinesische Handel wird von Jahr zu Jahr immer schlechter, unsere Ausfuhr nach Kiautschou belief sich 1900 noch über 5 Millionen M., aber sie wurde hauptsächlich hervorgerufen durch die Ausfuhr von Kriegsbedarfsmitteln und Eisenbahnmateriale. Die Einfuhr von Kiautschou belief sich 1900 auf lumpige 82 000 M. (Hört! Hört!) und 1901 auf 21 000 M. Im nächsten Jahre haben wir möglicherweise gar nichts mehr (Geisterzeit) und das soll eine der aussichtsreichsten Kolonien des Reiches sein!

Und wie sieht es mit der Weltpolitik! Bei den Beratungen der Flottenvorlagen haben wir immer gesagt: Ihr glaubt wohl, wie Ihr heute auf dem Festlande mit Eurer Armee die erste Geige spielen zu können vermeint, so werdet Ihr auch auf dem Meere es fertig bringen, England gegenüber die erste Geige spielen zu können? Man hat bestritten, daß unsere Flottenverhältnisse sich gegen England richteten. Heute kann man es nicht mehr bestritten. Zwar treten die Leiter unserer Politik England gegenüber in der zuvorkommendsten Weise auf. Ich erinnere nur an die Dekoration des Lord Roberts mit dem Schwarzen Adlerorden und an die Einladung der englischen Generale zu den diesjährigen Manövern. Als man das sah, hätte man wirklich einen Augenblick glauben können, wir hätten uns in unserer Auffassung über die Zwecke unserer auswärtigen Politik geirrt. Freilich sind diese Liebesbezeugungen nichts Neues. Wir haben dasselbe Nordamerika und Rußland gegenüber gesehen. Man kommt Rußland sogar in politischer Beziehung — ich erinnere nur an die Ausweisungen — in einer Art entgegen, daß auch heute das Wort am Platze ist, das einst die „Kölnische Zeitung“ gegenüber Bismarck prägte: man übt sich im Wettrühen vor Rußland. (Sehr gut.) Wir werden über diese Dinge im Reichstag noch ein Wort mit einander zu reden haben. Also nach allen Seiten hin Austausch von Liebenswürdigkeiten in Gülle und Külle, so daß man glauben könnte, es sei alles aufs Schönste bestellt und sich fragen muß: Wozu die kolossalen militärischen Rüstungen? Aber sehr bezeichnend ist das Telegramm des deutschen Kaisers an den Zaren: der Admiral des Atlantischen Ozeans an den Admiral des Stillen Ozeans. Was mögen England, was die Vereinigten Staaten beim Lesen dieses Telegramms denken! Glaubt man vielleicht, damit die jetzige größte Seemacht der Welt und die werdende Großmacht jenseits des Ozeans von der Karte streichen zu können? (Sehr gut!) Wären wir nicht in Europa, wo die Verantwortung für einen Krieg eine furchtbare ist, wo die Folgen eines großen europäischen Krieges geradezu furchtbar sind, so wären solche Vorgänge sehr wohl geeignet, bedenkliche politische Verwicklungen herbeizuführen. Vor allen Dingen aber wird sich der deutsche Reichstag zu fragen haben, ob er angesichts so klar ausagesprochener Tendenzen seine bisherige Weltpolitik fortsetzen will. Wir müssen auch nach dieser Richtung hin auf dem Posten sein. Freilich, an den entscheidenden Stellen läßt man sich durch solche eigentümliche Wahrnehmungen weder irren machen, noch einschüchtern. Roosevelt hat wiederholt die Gelegenheit benützt, den Völkern die Monroe-Doktrin ins Gedächtnis zu rufen,

und wie sind nicht nach Haiti gegangen, bevor wir nicht wußten, daß man in Washington nichts dagegen einzutenden hätte. Wegen Haiti trat man natürlich anders auf als gegen Rußland. (Sehr richtig!)

Weitere hohe Zuschüsse erfordert die Kolonialpolitik. Es gab ja auch bei uns Männer, die glaubten, aus der Kolonialpolitik könne etwas werden. Aber die deutsche Kolonialpolitik hat sich weit unglücklicher entwickelt als selbst ich, einer der größten Bestimmiten in dieser Frage, es je für möglich gehalten hätte. Unsere ganze Kolonialpolitik ist ein Debaclé (Sehr wahr!) Sagt doch selbst Peters, vor wenigen Jahren einer ihrer fanatischsten Vertreter, daß in der durch seinen Einfluß geschaffenen Kolonie Ostafrika nichts zu machen sei. So ist es auch mit anderen Kolonien. Wir haben den Spaniern durch die Marianen-, Ladronen- und Pellew-Inseln eine ganze Reihe dieser Inseln abgekauft. Wie können die Spanier lachen, sie haben ein vorzügliches Geschäft gemacht, während wir zu den Zinsen noch jährlich so und so viele Tausende in den Stillen Ozean werfen. Auch in Samoa, das so lange Jahre Gegenstand des Streites waren, sehen die Erfolge im schärfsten Widerspruch zu den Opfern. Wir haben den großen Zug nach dem Osten gemacht, um christliche Zivilisation in China zu verbreiten, und nun stellt sich heraus, daß wir bei uns viel christlicher sind als die Chinesen. (Geisterzeit.) Ehe-Ordnungen, wie sie heute in Preußen bestehen, würden selbst die Chinesen nicht schaffen. (Sehr gut!) Die Regierungen geben zu, daß die Kolonialpolitik in Ostafrika hoffnungslos geworden ist, sie setzen ihre letzten Hoffnungen auf die Zentralbahn.

Große Ausgaben erwachsen uns, wenn wir im Reichstag den hier gefassten Beschlüssen Geltung verschaffen wollen. Vor allem ist bei der in Aussicht stehenden Reform der Krankenversicherung die Anwesenheit zahlreicher Sozialdemokraten im Reichstage eine dringende Nothwendigkeit. (Sehr richtig!) Die Arbeitslosen-Versicherung wird nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden; wie sie gelöst wird, weiß heute kein Mensch. Es ist ferner leicht möglich, daß wenigstens gegen Ende der Legislaturperiode die Reform des Strafgesetzbuches in Angriff genommen werden wird. Auch ein Gegenstand von eminenter Wichtigkeit, gerade für die Sozialdemokraten. Die Frage der Vereinheitlichung der Versicherungs-Gesetzgebung wird nicht von der Tagesordnung verschwinden. Weiter wird die Fraktion mit aller Energie auf die Anerkennung der Gewerkschaften hinarbeiten müssen. Die deutsche Arbeiterklasse muß endlich das erlangen, was die Arbeiter anderer Länder längst erlangt haben. Andere wichtige Fragen sind die Erringung eines Einflusses der Arbeiterklasse auf die Gewerbe-Inspektion, ferner die Regelung der Hausindustrie, die Schaffung eines Normalarbeitstages. Wenn wir die Gesetzgebung zwingen könnten, das Prinzip des Normalarbeitstages anzuerkennen, sei es auch des gehnständigen, so wäre das als ein großer Fortschritt anzuerkennen. (Sehr wahr!) Nach wie vor wird es sich ferner darum handeln, die Soldateneinziehungen zu erörtern, die Auslegung des Vereins- und Versammlungsgesetzes den Arbeitern gegenüber zu kritisieren, mit gewissen richterlichen Urtheilen ins Gericht zu gehen, wir werden die Ausweisungen zu besprechen haben; kurz, wir werden alles Inrecht und alle Gewalt, die ja bis heute nicht aufgehört haben, in Deutschland regierende Faktoren zu sein, zur Sprache bringen und auf Abhülfe bringen müssen.

Für all das ist eine möglichst starke sozialdemokratische Fraktion absolut nothwendig, und angesichts dieser Aufgaben haben wir die bringendste Pflicht, angefaßt, ohne auch nur einen Tag zu zögern, in die Wahlkagitation einzutreten, vor allem in die Wahlorganisation. Seit den letzten Wahlen ist glücklicher Weise das Verbindungsverbot gefallen, wir müssen also jetzt in allen Wahlkreisen, soweit irgend das Menschenmaterial dafür vorhanden ist, Vereine gründen, Verbindungen schaffen und Vertrauenspersonen wählen, die die Verbindung für die Agitation bilden. Wir müssen die Wahlkagitation betreiben. Ich bitte Colly

Parteigenossen, dringend, rechnet nicht auf die große Kriegskasse in Berlin, sie ist nicht mehr gefüllt, das habt Ihr gehört, aber wenn auf dem nächsten Parteitage unser Berichterstatter in die gleiche Lage kommen sollte, wie ich auf dem Parteitage in Halle 1890 nach dem Fall des Sozialistengesetzes, wofür ich mittheilen konnte, daß wir drei Tage nach der Wahl reicher waren als vor der Wahl, nun dann un so besser! Jedenfalls sollten die Wahlkreise die Kosten nach Möglichkeit selbst aufbringen. Die Erfahrungen im Jahre 1898 haben uns gezeigt, daß in einzelnen Kreisen ganz unverantwortlich viel verbraucht wird, daß wir uns beispielsweise bezüglich der Ausgaben wie Großkapitalisten benehmen und nicht wie Proletarier. (Sehr richtig!) Ich habe jüngst die Alten des Ausschusses der sozialdemokratischen Arbeiter-Partei aus dem Jahre 1870, dem Jahre der Kriegswahlen, studirt. Geld war so gut wie gar nicht vorhanden. Da liest man, daß der eine Wahlkreis 5 Thaler, der andere 10 empfangen habe. Allerhöchstens wurden 20 Thaler gegeben. Heute können wir damit natürlich nicht auskommen, aber wir haben uns doch an eine zu großspurige Weise im Gelbausgeben gewöhnt. (Lebhafte Zustimmung.) Auch wird zuviel Papier verbraucht, öfter liege sich mit der Hälfte der Flugblätter auskommen. (Sehr richtig!) Ein anderes haben wir allmählich ganz verlernt, und da müssen wir wieder an die guten Traditionen der vorkommunistischen Zeit anknüpfen. Die Agitation für unsere Organisationen und unsere Presse muß mit dem Wahlkampf verknüpft werden. Früher war es guter Gebrauch, daß jeder Redner an dem Schluß seiner Rede mit der Aufforderung schloß, sich der Partei-Organisation anzuschließen, wozu Gelegenheit gegeben wurde, und auf unsere Blätter zu abonnieren; es wurden Probenummern verteilt und Zettel mit der Aufforderung zum Abonnement gingen herum. In dem bevorstehenden Wahlkampfe werden wir in unseren Versammlungen Millionen von Frauen und Männern sehen. Es müßte doch sonderbar zugehen, wenn wir dabei nicht 100—200 000 neue Zeitungsabonnenten heraus schlagen sollten. (Lebhafte Beifall.)

Daß wir keine Bündnisse bei der Hauptwahl schließen, versteht sich von selbst. ((Dravo!)) Wir treten selbstständig auf und wenn wir in einem Kreise auch nur zehn Stimmen bekommen. Erst bei den engeren Wahlen, wenn wir ausgefallen sind, haben wir uns zu fragen, wer von den übrig bleibenden Kandidaten für uns wählbar ist. Parteigenossen! Geben wir uns keinen Illusionen hin. Der Kreis derjenigen bürgerlichen Kandidaten, die wir, auch wenn wir noch so bescheiden in unseren Forderungen sind, wählen dürfen, wird mit jeder Legislaturperiode kleiner. Wenn etwas zeigt, daß die Klassengegenstände sich nicht abschwächen, sondern scharfer werden, dann sind es die Wahlen. (Sehr richtig!), Wir müssen unsere Bedingungen ständig herabsetzen, weil wir sonst überhaupt niemand finden, für den wir bei den Stichwahlen noch stimmen können. Das Zentrum fällt ganz aus, kein Zentrumsmann darf eine Stimme von uns erhalten bei den nächsten Wahlen. (Lebhafte Zustimmung.) Früher war das anders. Die Nationalliberalen fallen aus, Konservative, Antisemiten kommen gar nicht in Betracht; ja, heute entsteht die Frage: ob wir alle Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei und der süddeutschen Volkspartei bei Stichwahlen wählen dürfen. (Lebhafte Zustimmung.) Bei den Verhandlungen über den Polltarif stellt sich leider heraus, wie wenig Verlaß auf die Freisinnigen ist — leider —, denn uns wäre eine stark liberale Partei, die quasi als Puffer zwischen uns und der Rechten stände, ganz angenehm. Im württembergischen Landtage sitzen 6 Volksparteiler, die für Erhöhung der Lebensmittelzölle sind. Dürfen wir für solche Leute bei den Stichwahlen stimmen, nur weil sie sich Volksparteiler nennen?

Ich habe mich bei den Bedingungen für die Stichwahl-Unterstützung in meiner Resolution auf das Nothwendigste beschränkt. Die Ihnen vorliegende Resolution giebt die unerläßlichsten Bedingungen an, die gegenwärtigen Kandidaten erfüllen müssen, falls wir für sie bei der Stichwahl eintreten sollen: sie müssen

eintreten für uneingeschränkte Aufrechterhaltung des bestehenden Reichstags-Wahlrechts, gegen die Erhöhung der bestehenden Zölle auf Lebensmittel; — falls wir sagen wollten, daß sie überhaupt gegen Lebensmittelzölle stimmen müßten, so fänden wir keinen einzigen bürgerlichen Kandidaten, den wir unterstützen könnten. Eine weitere Bedingung ist, daß die Kandidaten eintreten gegen jede neue indirekte Steuer oder eine Erhöhung der bestehenden auf Konsumartikel der großen Klasse der Bevölkerung, ferner gegen jede Ausnahme-gesetzgebung und gegen jede Verschlechterung des bestehenden Rechtszustandes, endlich gegen jede neue Militär- und Marinevorlage, die höhere Kosten erfordert. Ich möchte Sie dringend bitten, den Kreis der Forderungen nicht zu erweitern, das hätte gar keinen Sinn und Zweck; wir werden froh sein müssen, wenn auf diese Forderungen hin Kandidaten vorhanden sind, die wir unterstützen können. Auch diese Thatsache zeigt, wie die Zustände im deutschen Reich täglich unentraglicher werden, und wie heute allein die Sozialdemokratie es ist, die man als die wahre Kulturträgerin der Zukunft ansehen kann. Daß wir die einzige Partei sind, die unentwegt für den Fortschritt der Menschheit kämpft!

Wenn wir angesichts dieser Zustände unsere Aufgabe richtig auffassen. Parteigenossen, so seid Ihr die Macht, die hämmert jung das alte morsche Ding, den Staat, Ihr, die Ihr von Gottes Jorne seid, das Proletariat!

Parteigenossen! Schließt die Reihen! Auf zum Kampf! Auf zum Sieg! ((Stürmischer, langanhaltender Beifall.))

Eingegangen ist ein Begrüßungs-Telegramm von der Parteivertretung der polnischen Sozialdemokratie Oesterreichs. (Beifall.)

Schluß 12^{1/2} Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Beginn 3 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Die Stimmzettel für die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrolleure sind abgegeben.

Die Wahl wird für geschlossen erklärt.

Die Debatte über den Punkt der Tagesordnung: Die bevorstehende Reichstagswahl wird eröffnet.

Welcher = Wiesbaden unterbreitet einige Wünsche des 21. nassauischen Reichstagswahlkreises in Bezug auf die Entsendung von Rednern in diesen Wahlkreis. Der Prophet gilt nicht viel im Vaterlande. Redner will den Antrag so begründen, wird aber vom Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Antrag gesondert zur Verhandlung gelangt. Uns hat die Erfahrung gelehrt, daß es zum Kampfe gegen das Zentrum nicht genügt, sich auf politischen und sozialen Boden zu stellen. Die Kirche ist das Haupthinderniß im Befreiungskampfe der Menschheit. Sie ist das Bollwerk des Alten. Wollen wir dieses Bollwerk erschüttern, so müssen wir uns auf die religiöse Aufklärungsarbeit verlegen. Das ist nothwendig in protestantischen, ganz besonders aber in katholischen Gegenden. Gewiß leistet auf diesem Gebiete die sozialdemokratische Presse viel, aber das kommt doch nur deren Lesern zu gute. Deshalb muß man auf anderem Wege, durch Flugblätter, den Kirchenglauben zu erschüttern suchen, ferner durch die Fleißarbeit in den Werkstätten, am Bierisch zc. Ohne geistige und religiöse Freiheit ist auch die politische Freiheit unmöglich. (Rufe: Schluß mit dem Anstimm!) Redner befürwortet schließlich eine Resolution, die empfiehlt, die religiöse Aufklärungsarbeit besonders in den Zentrumsbezirken zu betreiben und zu unterstützen.

Die Resolution wird zur Unterstützung gebracht; es erheben sich zwei Hände, die Unterstützung reicht nicht aus.

Weyer-Leipzig bespricht die Frage des Polltarifes und die Stellungnahme der verschiedenen Parteien dazu. Wenn die Genossen Material in dieser Frage

haben wollen, so brauchen sie nur die Berichte der Zolltarif-Kommission zur Hand zu nehmen, dann haben sie Material genug. (Sehr wahr!) Und was die Bekämpfung des Zentrums anbelangt, dann braucht man nur die wirtschaftlichen Verhältnisse ins Auge zu fassen, dann findet man ebenfalls genügend Agitationsstoff. In der Frage des Zolltarifs hat das Zentrum die Führung der bürgerlichen Parteien übernommen und selbst die lauteſten Schreier unter den Agrariern haben sich dieser Führung anvertraut. Dabei beruht das Zentrum gar nicht daran, die agrarischen Uebersforderungen zu erfüllen, hat es doch mit der Rebellion im eigenen Lager zu kämpfen. Auch zwischen den Agrariern ist ja schon ein Streit entbrannt, aus dem wir ersehen, daß sie ein Kompromiß mit dem Zentrum schließen wollen. Die Folge wird sein, daß man sich schließlich auf die Regierungsvorlage zurückzieht. Wenn das Zentrum kürzlich auch den Beschluß gefaßt hat, auf den Beschlüssen der ersten Lesung stehen zu bleiben, so ist dieser Beschluß doch nicht unabänderlich. Es wird jetzt nur darauf bedacht sein, den Rückzug bis zur zweiten Lesung vollständig zu machen; man will zu keinem Konflikt mit der Regierung kommen. Beträchtet man sich den Streit, der zwischen den Jöllnern in der Kommission entbrannt ist, so findet man dafür verschiedene Gründe. Es ist vor allem der Parteineid, die Landbündler wollen dem Zentrum Terrain streitig machen und haben deshalb Uebersforderungen gestellt. Was die Möglichkeit einer Reichstagsauflösung betrifft, so glaube ich nicht daran. Das Zentrum hätte dabei zu viel zu riskieren und wird es deshalb nicht so weit kommen lassen, besonders wenn wir Sozialdemokraten so wie bisher auf dem Posten sind. Wir hoffen, daß der Zolltarif zu Fall kommt. Aber ehe er zu Fall kommt, hat unsere Partei noch alle Register zu ziehen, und wenn es zu Neuwahlen kommt, dann müssen wir auf dem Platze sein. (Beifall.)

Hengsbach-Köln: Bebel hat in seinem vortrefflichen Referate das Thema der Zentrumsparthei angegriffen. Mit dieser Partei werden wir uns allerdings in der Hauptsache bei den bevorstehenden Reichstagswahlen ansehnend aufgeben haben. Darin, daß die Resolution Welcker nicht genügend unterstützt ist, zeigt sich, daß es uns mit dem Punkt unseres Programms, worin die Religion zur Privatfache erklärt wird, ernst ist. Wohin sollte es führen, wenn man sich in der Bekämpfung des Zentrums auf eine so schiefe Ebene begeben wollte? (Sehr richtig!) Wir im Rheinland dürfen wohl eine genaue Kenntnis des Zentrums für uns in Anspruch nehmen. Wir kennen das vorkonstitutionelle Zentrum des Zentrums, aber wir wissen auch, daß es daran noch immer nicht zu Grunde gegangen ist. Das Zentrum ist so vorzüglich organisiert, daß der Kampf gegen diese Partei nicht so einfach ist. Man darf auch nicht so optimistisch sein, zu glauben, daß die Zolltarif-Vorlage dem Zentrum so vollständig den Wind aus den Segeln nehmen wird, wie vielfach geglaubt wird. Wir haben ähnliche Erfahrungen schon oft gemacht. Auf die christlichen Arbeiter Wännen wir uns in keiner Weise verlassen. Alle persönlichen Privatigkeiten in den Wahlkreisen müssen jetzt zurückgestellt werden und alle einzig sein zum Kampfe gegen den gemeinsamen Gegner. Die Organisationen müssen schon jetzt ausgebaut und schon jetzt die Parteifinanz der einzelnen Kreise gestärkt werden, damit nicht immer auf den großen Parteifäden spekuliert wird. Bei den Stichwahlen werden wir wohl meistens Stimmhaltung üben müssen.

Rittler-Gelbhorn: Ich warne gleichfalls davor, den religiösen Wännen zu hehnen. Im Kampfe gegen das Zentrum stehen uns ganz andere Mittel zu Gebote. Fragen wir die Herren nur immer, was sie für das Volk gethan haben sollten. Das Zentrum besitzt eine Art Handbuch. Darin finden die Zentrumsagitatoren ihr Material gegen uns. Das sind Sätze aus dem Heber unserer Agendawerter, die aus dem Zusammenhang gerissen sind, Stellen aus Reden, deren Sinn ins Gegentheil verkehrt werden. Dagegen sollte unsere Agitation

geknappnet sein. Das Handbuch für die sozialdemokratischen Reichstagswähler wird ja sicherlich wieder erscheinen. Vielleicht läßt sich in einem Anhang das Material für die Richtigstellungen der Zentrumsbehauptungen geben.

Frau Jettin: Bebel hat in meisterhafter Weise dargelegt, aus welchen wirtschaftlichen Gründen das Proletariat seine Kräfte mit schärfer Energie gegen den Zollwucher einsetzen muß. Der Zollwucher ist aber zu bekämpfen nicht nur mit Rücksicht auf das Massenelend, das er im Gefolge haben müßte, sondern auch vom Standpunkte des Kampfes um die politische Macht. Das Zentrum will den Zollwucher nicht nur durchdrücken, um den Deutzezug auf die Taschen des Proletariats unternehmen zu können, sondern auch um seine politische Machtstellung in Staat und Gesellschaft zu stärken und womöglich zu bereichern. Im Kampfe gegen die Herrschaftsgelüste des Junkerthums hat das Proletariat aus bürgerlichen Kreisen heraus auf keinen zuverlässigen Bundesgenossen zu hoffen. Der mächtigste Theil der Bourgeoisie hat sich bereits mit den agrarischen Zollwuchern verbündet. Bis tief in die Reihen des Nationalliberalismus, ja bis in die Reihen der süddeutschen Volkspartei hinein finden sich verschämte Zollwucherer und der sogenannte Freisinn leistet der politischen Machtstellung des Junkerthums Vorschub. Als die Frage des bevorstehenden Zollwuchers zum ersten Male im Reichstage angeschnitten wurde, warf der Freisinnige Georg von Siemens die Frage auf, ob nicht vielleicht trotz aller wirtschaftlichen Schädigung die Lasten dem deutschen Volke aufgebürdet werden müßten, um den Adel als herrschende Klasse zu erhalten. Das Charakteristische ist, daß er diese Frage nicht mit allem Nachdruck verneint hat. Unsere ganze deutsche Geschichte ist aber ein einziger Beweis dafür, daß unser Adel nicht nur unfähig, sondern auch untüchtig ist, die herrschende Klasse zu sein. Indem das deutsche Bürgerthum durch einen seiner Vertreter damals die Frage aufwarf, ohne sie sofort zu verneinen, hat es sich von vornherein zum Verrath an die ser Sache bereit erklärt. Die Konsequenzen dieser Stellungnahme zeigten sich denn auch bereits bei den Wahlen in Memel-Hehdekrug, in Kulmbach-Forchheim u. s. w. Die Bourgeoisie hat auf die Durchführung ihrer historischen Aufgabe, die politische Macht des Junkerthums zu brechen, verzichtet, und bis weit in die bürgerlichen Kreise hinein hat das Junkerthum mehr oder weniger schlecht geschminnte Anhänger. Die Bourgeoisie verzichtet auf diesen Kampf, weil sie sich des Junkerthums als des politischen Hausmedes gegen das Proletariat bedienen will. Sie greift zur Politik der Hochschußöllnererei als Konsequenz ihrer reaktionären Politik der Arbeiterklasse gegenüber. Die Politik der gepanzerten Faust der Arbeiterklasse gegenüber, die Zuchtans-Vorlage, der Stillstand der Sozialreform — das Alles drängt mit Nothwendigkeit zur Hochschußpolitik gegenüber dem Auslande. Wir können nur alle bürgerlichen Parteien in derselben Weise behandeln. Die bürgerlichen Parteien erklären bereits jetzt die Parole darf nicht lauten: „Gegen den Zolltarif“, sondern: „Für Handelsverträge!“ In dieser Parole tritt uns der vollzogene Rückzug aus dem Kampfe gegen das Junkerthum klar entgegen. Das Zentrum wird im Kampfe die ausschlaggebende Rolle spielen; es wird wieder mit allen schätzbaren Mitteln der Lüge und der Verhöhnung hervortreten. Ich möchte deshalb den Antrag Singer (126) empfehlen, daß der Redaktion des „Vorwärts“ alle gegnerischen Flugblätter, zumal aus Zentrumskreisen, zugesandt und gesammelt werden und daß dann die gehörige Antwort darauf erfolgt. Auch ich bin durchaus pessimistisch in Bezug der Hoffnung auf Verbrüderung des Zentrumsjunkers. Der geistunterdrückende Macht des Zentrums gegenüber müssen wir nicht nur unsere politischen Forderungen geltend machen, sondern auch alle die hohen geistigen und sittlichen Kulturwerthe des Sozialismus ins Feld führen, die so herrlich sind, wie sie das Christenthum nie herrlicher zur Entfaltung gebracht hat. Auf in den Kampf und vorwärts zum Siege! (Lebhafter Beifall.)

Republiker-Gesicht: Es wäre sehr nötig gewesen, den Kampf mit dem Zentrum als besonderen Punkt zu behandeln. Der Vorstand und der Parteitag scheinen die Zentrumswegführung zu unterschätzen. (Kfanzluch: O nein!) Jedenfalls müssen wir unsere Waffen gegen das Zentrum schärfen. Es müßte ihm viel mehr auf die Finger gepaßt werden. Das Zentrum und dessen Agitatoren beziehen es vorzüglich, unsere Agitatoren zu verleumden. Da sollte der „Vorwärts“ und die Provinzpresse sich besser darum kümmern. Kräfte und Geld sollten nur auf die aussichtsreichen Kreise verwandt werden.

v. Wollmar-München: Das Wenige, was sich über die Wahlbeteiligung sagen läßt und was darüber zu sagen ist, hat Webel in einer Weise vorgetragen, daß ich nichts mehr hinzuzufügen habe, und über den Rest können wir heute nicht sprechen; das wird der Kampf selbst ergeben. So sehr einerseits die Ausführungen Weiders gezeigt haben, daß er da wieder anfangen will, wo wir vor ungefähr 25 Jahren aufgehört haben (Lebhafte Zustimmung), so hat seine Resolution doch das Gute gehabt, uns Gelegenheit zu geben, zu äußern, wie wir über die Erklärung der Religion zur Privatsache denken. Darüber, daß wir religiöse Aufklärungsarbeit zu betreiben haben und was sonst Schönes in dieser Beziehung gesagt ist, will ich kein Wort mehr verlieren. Das haben uns vor einem Jahrzehnt schon und länger Dr. Müdt und ähnliche Herren gesagt. (Sehr richtig!) Damit wollen Sie das Zentrum bekämpfen? Wollen Sie dem Zentrum einen großen Gefallen thun, so machen Sie es nur so. Wir, die wir jahrzehntelang das Zentrum in allen Erscheinungsformen studiren, die wir tagtäglich mit ihm zu thun haben, wir wissen am genauesten, daß diese Partei, wenn man sie sachlich verfolgt, sehr bald am Ende ihres lateinischen und dann jedesmal zur lieben Religion greift. (Sehr richtig!) Mögen die Freireligiösen ihre Kulturkampfpaulereien und Pfaffenreflexionen doch in ihren freireligiösen Gemeinden betreiben! (Sehr richtig!) Aber unsere Partei, unsere politische und wirtschaftliche Bewegung mögen sie damit ungeschoren lassen. (Lebhafte Beifall.) Leider ist auch unsere Parteipresse in den letzten Jahren nicht von ähnlichen Untoandlungen frei geblieben; ich weise auf die bekannten Schriften von Lohmisch hin, die zum Theil den alleroberflächlichsten Auffächtig darstellen. Hoffentlich wird die Kritik, die diese Schriften in einem großen Theile der Presse gefunden haben, hinreichen, um uns vor einer Wiederholung ähnlicher Dinge zu bewahren. [Die Resolution Weiders ist ja erledigt, aber es muß doch gesagt werden, daß sie absolut nicht unserem Programm entspricht. Der Punkt des Programms über die Religion ist genau so bindend wie jeder andere, er ist nicht aus taktischen Gründen aufgenommen, sondern es ist uns ernst mit unserer Stellung zur Religion. Und was würde daraus, wenn wir derartige Aufklärungsarbeiten treiben würden? Nach unserem Programm ist Religion Privatsache, d. h. jeder hat vollkommenen Meinungsfreiheit in religiösen Dingen, seine religiöse Meinung hat mit politischen und wirtschaftlichen Dingen nichts zu thun. Dieser Satz giebt natürlich jedem das Recht, seine eigene private religiöse oder antireligiöse Meinung auszusprechen, aber auf der anderen Seite muß der Sozialdemokrat in Bezug auf diese Frage möglichst zurückhaltend sein. Gehe ich jemand das Recht, seine private Meinung, das Freigemeindebündnis, den Atheismus, das Antiklerikalenthum zu propagiren, so muß ich naturgemäß auch denjenigen, der positive Religion hat, das Recht geben, seine Meinung zu propagiren. Wir können sonst zu ähnlichen Zuständen kommen wie in England, auch darunter würde das Partei-Interesse leiden. Also hier heißt es, Zurückhaltung üben und sich beschränken auf das, was den Inhalt unserer Erklärung ausmacht, die sozialen, die wirtschaftlichen und politischen Dinge. Hier heißt es, sich konzentriren. Wenn Sie zeigen wollen, daß die Religion vom Zentrum oder einer anderen Partei mißbraucht wird, so ist das etwas anderes. (Sehr richtig!) Aber das Gebiet der religiösen Vorstellungen hat mit unserem Kampf

nicht das geringste zu thun, und der hier anders vorgeht, der unterstützt nur unsere Gegner. Ein Agitator, der nicht ganz sicher ist, sollte sich lieber zurückhalten und sich vergegenwärtigen, daß unser Programm die volle Neutralität bedeutet gegenüber dem religiösen Gefühl als Herzenssache, daß dagegen, soweit die Religion zur Unterdrückung benutzt wird, gegen die, die das thun, in erster Linie das Zentrum, energisch vorgegangen werden muß. Mit einem einzigen Punkt, den Sie von den Unthaten des Zentrums auf sozialpolitischem Gebiet herausgreifen, werden Sie hundertmal mehr erreichen, als wenn Sie in einen thörichten Aufklärungsstreife vorgehen. (Lebhafte Beifall.)

Ein Schlußantrag, den Neumann begründet und Leber bekämpft, wird abgelehnt.

Krohn-Konstanz: Auch bei uns haben wir mit dem Zentrum zu kämpfen. Ich theile ganz die Ansichten Wollmars und freue mich, daß der Antrag Wiesbaden gar keine Unterstützung gefunden hat. Gut wäre es, wenn das Material gegen das Zentrum zusammengestellt würde, damit dieser Partei ihre Arbeiterseindlichkeit sofort unter die Nase gerieben werden kann. Daß im vorigen Wahlkampfe Geld verpulvert worden ist, muß ich entschieden bestritten. Hoffentlich wird die Webersche Warnung vor überflüssigen Flugblättern nicht falsch verstanden, so daß der Opfermuth der Genossen nicht erlahmt. Die Stichwahltaktik ist sehr kompliziert. Enthalten wir uns der Stimme bei der Stichwahl in unserem Wahlkreise, so steigt der Zentrumsmann. Das Zentrum aber hat gar keine Sympathie, und viele Genossen würden es mit Freuden begrüßen, wenn es gelänge, ihm 5 bis 10 Mandate zu nehmen. Kommt dadurch ein Nationalliberaler mehr hinein, so hindert das ja nicht den Zusammenbruch dieser Partei. Ich möchte also Webel erlauben, den einzelnen Wahlkreisen etwas mehr Spielraum zu lassen, damit die besonderen Verhältnisse berücksichtigt werden können.

Ein Schlußantrag, den Eizerodt begründet, Hoffmann-Verlin bekämpft, wird abgelehnt.

Singer: Der nächste Redner ist Lebebour, ihm folgt Hoffmann. (Große Heiterkeit.)

Lebebour: In der Frage der Bekämpfung der Zentrumsparthei hat Wollmar das Nothwendige gesagt. Ich möchte nur Einiges zur Beleuchtung der politischen Situation beitragen und einige allgemeine Lehren daraus ziehen. Webel erinnerte an Oxygenjernas Wort von dem geringen Verstand, der dazu gehört, die Welt zu regieren. Es liegen Anzeichen vor, als ob sich diese Eigenart der Regierenden noch verschärft hätte. Es ist das ein beständiges Zeichen des Verfalls. In der Zeit der Dekadenz vermindert sich die Intelligenz der regierenden Klassen, und so ist es keineswegs ein Zufall, wenn vor einiger Zeit die Scharfmacherpresse zur Bekämpfung der Sozialdemokratie Forderungen an die Qualität der Minister stellte, die sich zusammenfassen lassen in das Wort: dumm, aber stark. (Heiterkeit.) Dieses Ideal der modernen Staatsweisheit ist bisher nur theilweise erreicht worden. Sie werden mir zugeben, daß ein Minister, der in beständiger Angst lebt, daß ihm mit dem „Lauskanal“ vor den Bauch gestoßen wird, zu den starken Männern jedenfalls nicht gehört. Diese Situation ist überaus günstig für die Sozialdemokratie. Damit wir sie aber ausnutzen, dürfen wir uns nicht flau machen lassen. (Sehr richtig!) Durch Bedenken und Bedenkenerreger. Selbst Plaumacherereien, an denen es auch in unserer Partei nicht gefehlt hat. (Sehr richtig!), sind durch die thatkräftige Entwicklung vollständig in ihr Nichts aufgelöst worden. Ich glaube nicht, daß noch irgend jemand jetzt bei uns vorhanden ist, der vor dem großen Entscheidungskampfe mit Plaumachen kommen wollte. Würde heute noch jemand die Befehung von Kautskow nicht als schlechtesten Streich der Willkürigen Politik bezeichnen? Das hat der sitatensprohe Minister v. Willow sich im Reich-

tage natürlich gleich an die Nähe gesteckt. Wird noch jemand wagen, der deutschen Sozialdemokratie die Methode der englischen Arbeiterbewegung nach der christlichen Niederlage anzurathen, wo sie sich ins Schlepptau der bürgerlichen Parteien begaben? Jetzt schließen unsere Liberalen Wahlbündnisse mit nationalliberalen und reaktionären Parteien. (Sehr richtig!) Ein solcher Gedanke würde mit Hohngelächter von der ganzen Partei begraben werden. (Sehr richtig!) Die gesammte Partei ist sich vollständig klar über die Situation und will den entschiedensten Kampf auf Grund der revolutionären Prinzipien der Partei. Was ich bei diesen Auseinandersetzungen am allermeisten beobachte, sind nicht die Verhandlungen dieser Tage, auch nicht die Polemiken von Lübeck. Das gefährlichste Moment, das allerdings überwunden worden ist, war die Gefahr, daß die große Masse der Arbeiterchaft sich wirklich hätte klau machen lassen. (Lebhafter Widerspruch.) Ich sage ja, daß das absolut nicht eingetreten ist. (Zurufe: Natürlich nicht!) Glücklicherweise nicht, weil es nichts genügt hat. Unsere Gegner haben selbst hierzu beigetragen durch die unglaublichen Regierungsmethoden, deren sie sich bedienen. Unsere Minister halten Hasenreden. Herr von Rheinbaben setzt seine Löhnung-Aktion in Szene u. s. w. So armselig wie in einem Ministergehörn sieht es in einem Arbeiterverein wirklich nicht aus. Wenn die Arbeiterklasse mit dem nöthigen Selbstbewußtsein in den Wahlkampf eintritt, so muß sie unbedingt den Sieg gewinnen. (Beifall.)

Wolff Hoffmann-Berlin: Die Antwort, die Vollmar dem Genossen Welter gab, veranlaßt mich, das Wort zu nehmen. Wenn ich auch die Meinung theile, daß man die Religion als Privatsache zu betrachten hat, so sollte Vollmar doch auch den Freireligiösen, den Freidenken gegenüber Toleranz üben. (Vollmar ruft: Selbstverständlich!) Vollmar hat in seiner Antwort auf Welters Rede alles in einen Topf geworfen, was überhaupt mit dem Freidenkertum zusammenhängt. Dagegen muß ich mich verwahren. Vollmar sagt, in unserem Programm stehe: Religion ist Privatsache. Das steht nicht darin, sondern nur die Erklärung der Religion zur Privatsache. Wäre sie schon Privatsache, so bräuchten wir nicht mehr darüber zu reden; sie soll es aber erst werden. Ich erinnere bei dieser Gelegenheit daran, welche Stellung ein bekannter Genosse im alten Bütcher „Sozialdemokrat“ zu dieser Frage eingenommen hat. Nach seiner Ansicht sollten wir der Kirche überall da entgegenzutreten, wo sie sich zum Schleppträger der herrschenden Gesellschaft macht. Denselben Standpunkt haben wir auch heute noch zu vertreten. Wir wollen Aufklärung auf allen Gebieten schaffen. Dabei sollte man auch die Arbeit der Freidenker dankbar anerkennen. Ich stehe nicht auf dem Standpunkt Welters; ich hätte gewünscht, Welter hätte erst in der Partei gelernt und wäre dann auf einem Parteitag aufgetreten. Man wird nicht dadurch Sozialdemokrat, daß man in einen Wahlverein eintritt und dann auf den nächsten Parteitag geht und in einer ungeschicktesten Weise Freidenker-Ideen vertritt, wie es uns mehr schaden als nützen kann.

Welter-Wiesbaden: Der intelligentere Theil des Proletariats weiß, daß unser Kampf ein Kampf gegen Windmühlen ist, so lange man die Kirche mit Glacehandschuhen ansaßt. (Widerspruch.) Diese Ansicht vertritt auch Bebel in dem Vorwort zur neuesten Auflage seiner Schrift über Christenthum und Sozialismus. Wie werthvoll für die herrschende Klasse die Abhängigkeit der Massen von der Kirche ist, sehen Sie daraus, daß neben jedem Fürsar der Kaiser zu finden ist und daß noch mehr neue Kirchen gebaut werden als Kasernen. Wo die Kirche mächtig ist, stehen die Erwachsenen völlig unter ihrem Bann. Sollen wir die Religion zur Privatsache machen, so genügt nicht eine Trennung des Staates von der Kirche, sondern wir müssen die Macht der Kirche über die Gemüther brechen; wir müssen der Vergeltung der Kinder durch Staat, Kirche, Schule und Eltern ein Ende machen. Eröffnen Sie den Kampf auf der ganzen Linie, nicht nur den Kampf gegen die Kirche, sondern auch den Kampf

gegen die objektive Gewissenlosigkeit der Eltern, die das religiöse Leben ihrer Kinder bergemähtigen durch Ueberweisung derselben an eine Religionsgemeinschaft, bebor sie lernen zu unterscheiden, was rechts und links ist. Ecce ego infamem! (Ereingeltes Gelächter.)

Gebrüder-Charlottenburg stellt einen Schlußantrag und begründet diesen mit der Bemerkung, die Ausführungen der Letzten Redner hätten gezeigt, daß Sachliches nicht mehr vorzubringen sei.

Der Antrag wird angenommen.

Lesender-Geist wendet sich in einer persönlichen Bemerkung gegen **Krahn-Rostang** und empfiehlt diesem, sich an den Parteivorstand zu wenden, wenn er wissen wolle, welche Kreise bei den Wahlen unmäßig Geld verpulvert haben.

Persönlich bemerkt ferner

Vollmar: Gegenüber dem Genossen Hoffmann möchte ich bemerken, daß es mir nicht im Traum eingefallen ist, die freireligiöse Bestimmung anzugreifen; ich stelle es jedem frei, auch diese Ueberzeugung zu vertreten, aber nicht innerhalb der Partei und zwar ebensowenig wie irgend eine andere religiöse Ueberzeugung.

Ein von den Genossen **Straub-Damberg** und **Herrmann-Würzburg** eingebrachter Antrag verlangt, die Rede Bebel's möge ebenso wie das Referat **Mollenhuth's** als Broschüre herausgegeben werden.

Das Schlußwort erhält

Bebel: Es war meine Absicht, kein Wort mehr zu sagen, weil ich glaube, daß alles Nöthigende bereits vorgebracht sei. Nur eine Bemerkung des Genossen **Krahn** hätte mich eine Minute in Anspruch genommen. Nun hat aber **Welter** in seiner zweiten Rede Bezug genommen auf Aeußerungen einer Broschüre, die ich herausgegeben habe. Darauf muß ich mit einigen Worten eingehen.

Krahn meinte, ich möchte quasi gestatten, bei der Wahl zwischen einem Nationalliberalen und einem Centrumsmann einem Nationalliberalen die Stimme zu geben. Es sei doch besser, wenn das Centrum 5 oder 6 Leute verliere, während auf der anderen Seite ein Gewinn der Nationalliberalen bei der Unbedeutendheit der Partei nichts zu sagen habe. Ich habe bereits erklärt, daß das, was ich in meiner Resolution (101) zum Ausdruck bringe — und diese Forderungen sind in keiner Weise angefochten worden — das Minimum dessen sei, was wir fordern müßten. Wenn nun ein Nationalliberaler und ein Centrumsmann zur Wahl stehen, so habe ich allerdings die Ueberzeugung, daß weder der eine noch der andere die Anforderungen der Resolution, so geringfügig sie sind, wenn er ehlich ist, acceptiren kann. Dann sehe ich aber auch nicht ein, warum wir uns gerade für einen Nationalliberalen oder in einem anderen Fall für den Centrumsmann erwärmen wollen. Der eine ist in der That so viel werth wie der andere. In allen den Fragen, bezüglich derer die Resolution eine Erklärung von den gegnerischen Kandidaten verlangt, sind das Centrum und die Nationalliberalen während der letzten Jahre stets Hand in Hand gegangen. Wenn das der Fall ist, wenn es gehauen wie gestochen ist, dann haben wir einfach die beiden untereinander ihren Kampf ausfochten zu lassen, dann haben wir kategorisch Stimmhaltung zu erklären und diese Stellung nöthigenfalls zu motiviren. Nur weil ich freilich: Wir können die Wähler nicht kommandiren. Wenn ein Theil der Wähler, trotzdem offiziell Wahlenthaltung proklamirt worden ist, seine Stimme für einen der beiden Kandidaten abgibt, so können wir nichts dafür. Dabei werden sehr oft persönliche und andere Gründe maßgebend sein. Wir müssen aber alles aufbieten, um unsere Wähler zu regeln. Mehr kann nicht verlangt werden. Eine andere Auskunft kann ich

auf die Anfrage Krohns nicht geben; die einzelne Person kommt dabei ja überhaupt nicht in Betracht, sondern wir beschließen als Parteitag.

Weller hat sich auf einige Sätze meiner Broschüre „Christentum und Sozialismus“ bezogen. Ich habe mir nie eingebildet, daß diese nach meiner Auffassung sehr klaren Schlusssätze eine solche Auslegung finden könnten. Dagegen muß ich auf das allerentschiedenste Verwahrung einlegen. Wenn nicht schon die übrigen Worte Wellers mich dazu veranlaßten, so die Worte, mit denen er seine Rede schloß: „Ecrasez l'infâme!“ (Sehr richtig!) Das ist das bekannte Wort, mit dem Voltaire zur Vernichtung der Kirche aufforderte. Na, das sollte eine schöne Sache werden, wenn ein solcher Wahlspruch der Wahlspruch der sozialdemokratischen Partei würde. (Sehr richtig!) Weller hat im Eingang seiner ersten Rede ausdrücklich erklärt, es sei notwendig, die Widersprüche innerhalb der kirchlichen und religiösen Anschauungen darzulegen, d. h. mit anderen Worten — das hat auch Vollmar ganz richtig hervorgehoben — Weller verlangt, wir sollten uns in eine Art Kulturkampf einlassen. Unsere Partei würde dabei vollständig ihren Charakter abstreifen und wir würden eine Art kirchliches Königtum werden. (Sehr richtig!) Daß das gegen den Wortlaut unseres Programms verstößt, das kann doch niemand zweifelhaft sein. „Religion ist Privatsache“ — das steht nicht in unserem Programm, weil es selbstverständlich ist, und zwar deshalb selbstverständlich, weil nirgends im Programm gesagt wird, daß wir nach der religiösen Ueberzeugung eines Parteigenossen fragen. Jeder mag glauben, was er will; er kann als Sozialdemokrat katholischer Christ, er kann Materialist und Atheist sein, das geht keinem Menschen innerhalb der Partei etwas an. Nur wenn er für seine religiöse Ueberzeugung als Sozialdemokrat Propaganda machen will, treten wir ihm energisch entgegen, denn dann verkehrt er den für uns selbstverständlichen Grundsatz: „Religion ist Privatsache“. (Sehr gut!) Außerdem erläutert unser Programm klar und deutlich, wie wir uns die Forderung der Erklärung der Religion zur Privatsache denken. Wir treten der Vermengung der kirchlichen und staatlichen Gewalt entgegen und verlangen die absolute Trennung dieser Gewalten. Wir vertreten die Anschauung, daß der Staat ein rein weltlicher Staat ist und daß die Religions-Gemeinschaften Privatgesellschaften sind. Wir erklären uns auf das entschiedenste dagegen, daß der Staat kraft der Gesetzgebung und seiner Zwangsmittel irgend einen Menschen nötigt, zu einer Gemeinschaft zu gehören oder Mittel zur Unterhaltung dieser Kirchengemeinschaft herzugeben oder daß der Staat selbst seine eigenen, aus dem allgemeinen Steuerfädel gewonnenen Mittel für kirchliche Gemeinschaften hergiebt. Ich bin daher auch der Meinung, daß bei der späteren Beratung der Anträge, die die Beschaffung von Agitationsmaterial gegen das Zentrum verlangen, besonders darauf hingewiesen wird, daß es erwünscht ist, wenn in einer Broschüre einmal in durchaus klarer und objektiver Weise gesagt wird, was wir unter der Forderung der Ziffer 6 in unserem Programm, der Erklärung der Religion zur Privatsache verstehen. (Sehr gut!) Es soll mit diesem Programmpunkt in keiner Weise den religiösen Anschauungen Einzelner zu nahe getreten werden, wir stehen im Gegenteil — und das ist unsere heiligste Ueberzeugung — auf dem Standpunkt, daß wir in religiösen Glaubensfragen absolute Neutralität und nichts als Neutralität zu beobachten haben. (Sehr gut!) Ich erkläre mich auf das entschiedenste dagegen, daß Weller irgendwelchen Grund hatte, meine von ihm angezogenen Sätze in seinem Sinne auszuliegen, und ich bitte ihn dringend, daß er die heute von mir gehörten Worte beherzigt und nicht etwa draußen in der Agitation in denselben Fehler ver falle, in den er heute hier verfallen ist. Ich kann ihm nur sagen, daß, wenn er etwa Kandidat in einem bestimmten Wahlkreise sein sollte — was ich nicht weiß —, in dem namentlich das katholische Element vertreten ist, er allerdings mit dieser Art des Auftretens kein besonderes Glück haben würde. (Lebhafte Zustimmung.)

Das was Weller von seinem Standpunkt aus als einen Fehler der Partei bezeichnete, ist gerade ihr größter Vorzug. Er meinte, man hätte bisher falsch agitiert und daher wenig Einfluß auf die Wählerkreise des Zentrums gewonnen. Wo ist denn aber der Einfluß, den er und seine Freunde auf das Zentrum in der jahrzehntelangen Agitation gewonnen haben? (Sehr gut!) Will er bestreiten, daß der Boden für die Art der Agitation immer mehr schwindet? Währen ist ein katholisches Land, in dem das Zentrum stark vertreten ist. Und da hat die Haltung, die die bayrischen sozialdemokratischen Landtags-Abgeordneten z. B. kürzlich in der Frage des Wohnungsgeld-Zuschusses für die unteren Beamten eingenommen haben, für die sozialdemokratische Partei dem Zentrum gegenüber unendlich mehr propagandistisch gewirkt als tausend Reden, die Weller in der von ihm heute vertretenen Art der Agitation halten würde. (Lebhafte Zustimmung.) Das zeigt sich nicht nur in dieser Frage, sondern auch in anderen. In solchen praktischen Fragen löst sich unser Standpunkt deutlich klar machen, löst sich zeigen, daß die Sozialdemokratie gewillt ist, allen Unterdrückten zu helfen. Das ist die wirkamte Propaganda. (Lebhafte Beifall!)

Die W e b e l'sche Resolution (101) wird hierauf einstimmig angenommen. Der Antrag Singer (120) (Einsendung aller Wahlflugblätter und Programme an die „Vorwärts“-Redaktion) wird gleichfalls angenommen, ebenso der Antrag, die W e b e l's als Agitationsbroschüre zu verbreiten.

Die Schlußabstimmung über die von der Redaktions-Kommission bearbeitete Resolution Mollenbuhr über Arbeiter-Versicherung (108) ergibt die **W u n d t e** in folgendem Wortlaut:

Die Versicherungsgesetze des Deutschen Reiches, die hauptsächlich erlassen wurden, die Armenlasten vor Ueberlastung und die Unternehmer vor Schadenersatz zu bewahren, entsprechen in keiner Beziehung den Anforderungen der Arbeiterklasse. Jedoch ist durch die Erfahrung der Beweis erbracht, daß mit der Versicherung allgemeine Uebelstände bekämpft und deren schlimmste wirtschaftliche Folgen gemildert werden können.

Deshalb fordert der Parteitag:

1. Ausdehnung der Versicherung auf alle Arbeiter und diesen wirtschaftlich gleichstehende Personen;
2. Vereinheitlichung der Versicherung;
3. volle Selbstverwaltung durch die Versicherten;
4. Heranziehung aller Klassen zur Tragung der Kosten;
5. Bekämpfung von Volkstrantheiten durch die Arbeiter-Versicherung;
6. weiteren Ausbau der Unfallversicherung und der Maßnahmen zur Verhütung von Berufskrantheiten; insbesondere zu diesem Zweck: Einsetzung von Vertrauenspersonen behufs Kontrolle der Betriebe. Die Vertrauenspersonen sind von den Versicherten aus ihren Kreisen zu wählen und aus öffentlichen Mitteln zu besolden; vollen Schadenersatz den Verletzten und deren Hinterbliebenen.
7. Unterstützung von Schwangeren, sobald im weiteren Verlauf der Schwangerschaft durch den normalen Schwangerschaftszustand bedingte Anzeichen sich geltend machen, welche die Arbeit erschweren, und von Wöchnerinnen für die Dauer von wenigstens sechs Wochen vom Tage der Entbindung an.
8. Organisation des Arbeitsmarktes.
9. Einführung der Arbeitslosen-Versicherung.
10. Einführung der Wittwen- und Waisenversorgung.

Es folgt die Verhandlung über **W u n d t 9**: „Anträge zum Programm und Organisation.“ Verhandelt werden zunächst die Anträge zur **O r g a n i s a t i o n**: